

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzustellungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 8.

Donnerstag, den 10. Januar 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Folgen der deutschen Zollpolitik.

Der deutsche Reichskanzler hat in seinem Silvestermanifest behauptet, daß schon „mancher freisinnige Mann“ ihm unter vier Augen zugegeben hätte, daß die neuen Handelsverträge auch für die städtischen Interessen nicht ungünstig gewirkt hätten; jedenfalls müßten auch die Gegner der Handelsverträge anerkennen, daß sich Handel und Industrie fortbauern den Aufschwung erfreuen.“ Wilhous Psychologie ist so völlig kapitalistisch verfeuchtet, daß er auch nicht einen Moment daran denkt, daß seine Versicherung, der Profit sei ungeschwächt geblieben, doppelt aufreizend wirken muß in dem Zeitpunkt fortbauern, immer unerträglich werdender Verteuerung aller notwendigen Lebensmittel, besonders des Fleisches und des Brotes. Wachsender Profit ja wohl, aber gleichzeitig — und das verschleiert natürlich die neueste Akquisition des Reichsverbandes — abnehmende Kaufkraft des Geldes, Sinken des Reallohnes, Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Massen, der Arbeiter und der Beamten!

Das ist allerdings die Wirkung der Handelsverträge. In einem Moment einer aufsteigenden Konjunktur, die diesmal viel allgemeiner ist als Ende der 90er Jahre, sowohl was die örtliche Verbreitung über fast alle Staaten, als auch was ihre Ausdehnung über fast alle Produktionszweige anbelangt, haben die deutschen Handelsverträge für die Kapitalisten vorläufig nicht allzuviel Schaden angerichtet. Den Hauptgewinn haben die Agrarier, die die Preise sämtlicher landwirtschaftlichen Produkte in die Höhe treiben konnten. Die gesteigerte Kaufkraft der Landeigentümer kam jedoch auch dem Absatz der Industrieprodukte auf dem inneren Markt zugute. Die erhöhten Zölle auf Industrieprodukte erlaubten vor allem den kartellierten Industrien, ihre Preise in die Höhe zu setzen und die konsumierende Bevölkerung sich tributpflichtig zu machen. Die Wirren in Rußland hinderten die russische Industrie an jeder Entfaltung, brachte viele Betriebe auf kürzere oder längere Zeit zum Stillstand und zwangen den russischen Markt sich im Ausland, zum größten Teil in Deutschland zu versorgen. Für die Agrarier und Kapitalisten hat so die Hochkonjunktur die üblen Folgen der Handelsverträge vorläufig überwunden. Freilich nicht vollständig. Trotz der erweiterten Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes kann man eine beständige Auswanderung deutschen Kapitals ins Ausland, die Errichtung ausländischer Filialen konstatieren. Auch das geniert den Kapitalisten nicht, dem es gleichgültig ist wo die Fabriken liegen, aus denen er seinen Profit bezieht, während der deutsche Arbeiter durch diese nationale Politik entweder brotlos oder zur Auswanderung gezwungen wird.

Hat die Hochkonjunktur für die Besitzenden die unangenehmen Folgen der Handelspolitik vorläufig in den Hintergrund treten lassen, hat sie den Reichsten unter ihnen, den Großagrariern und den Kartellmagnaten die rückwärtslose Ausnutzung der Konjunktur durch Heraufsetzung der Preise ihrer durch den Zoll vor ausländischer Konkurrenz sorgsam geschützten Waren erlaubt, so leidet auf den Nichtbesitzenden mit um so größerer Wucht die fortwährende Verteuerung des Lebensunterhaltes. Für sie, für die industriellen Arbeiter, aber auch für alle auf feste Bezüge angewiesenen Beamten und für die in der einen oder anderen Form dem Kapital hörigen Handwerkerkreise hat die Zollpolitik allerdings die schlimmsten Folgen. Noch nie hat es eine so gute und so glänzende Konjunktur in Deutschland gegeben. Aber noch nie hat die Arbeiterschaft an dieser glänzenden Vermehrung des Reichtums so wenig Anteil nehmen können. Das einzig Gute, das sie für die Arbeiter im Gefolge gehabt hat, ist die Einschränkung der Arbeitslosigkeit. Aber alles, was sonst die Arbeiterschaft im mühsamen Kampfe, unter fortwährenden Opfern sich von den Unternehmern erkämpft, wird ihr fort und fort entzogen durch die beständige Verteuerung, vor allem der landwirtschaftlichen Produkte, die in erster Linie die Zollpolitik bewirkt hat.

Die Handelsteile aller Zeitungen sind jetzt erfüllt von den Berichten über die glänzende Ernte, die das Kapital im Jahre 1906 eingeheimst hat und von den nicht minder glänzenden Ausflüchten, die das Jahr 1907 verspricht. Und auf der anderen Seite verkommen in den Spalten der Arbeiterzeitungen nicht einen Tag die Klagen über die zunehmenden Lasten, die den ewig vom Defizit bedrohten proletarischen Haushalt auferlegt sind, erzählt jeder Tag von neuen Verteuerungen, neuen Erschwerungen des mühseligen Lebens. Alle diese Klagen ertönen aber während einer glänzenden Konjunktur, zu einer Zeit vollster Beschäftigung der Industrie, wo wenigstens das schlimmste aller Uebel, die Arbeitslosigkeit zurückgedrängt ist. Wie soll das erzt werden, wenn die unermessliche Depression eingetreten ist? Darauf gibt Bülow natürlich keine Antwort. Was klümmert auch einen „providentiellen, allein verantwortlichen Staatsmann“ vom Schicksal eines Bülow ein Ereignis, das erst in zwei oder drei Jahren eintreten wird. Soweit denken die neudeutschen Staatsmänner nicht voraus. Sie sind froh, wenn sie bis zum nächsten Jagdausflug gestärkt sind.

Aber diese Folgen sind nichtsdestoweniger klar und sicher. Die Depression wird die Leiden des Proletariats vermehren um das Schrecklichste von allen, die Arbeitslosigkeit. Sie wird seine Widerstandskraft gegen das Unternehmertum verringern, seinen Lohn in vielen Zweigen kürzen, seine Erhaltung überall eine Zeitlang unmöglich machen oder aufs

äußerste erschweren. Dagegen werden die hohen Preise, vor allem die Preise der landwirtschaftlichen Produkte nicht zurückgehen. Der hohe Zoll, die Sperrung der Grenzen bleiben wirksam und sollen ja nach Bülow für die nächsten 10 Jahre und womöglich für alle Ewigkeit außer aller Diskussion bleiben. Ebenso suchen die Kartelle, vor allem das Rohleinsyndikat, mit allen Mitteln die Preise hoch zu halten. Dazu wird sich eine verstärkte Auswanderung der Industrie gesellen, für die der heimische Markt nicht mehr genügend aufnahmefähig ist und gegen die sich das Ausland, durch die deutsche Zollpolitik provoziert, gleichfalls durch Zölle abgeschloffen hat. Vermehrte Arbeitslosigkeit, verminderte Widerstandskraft des Proletariats, aber Fortdauer der Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel, das sind die Folgen der Handelsverträge, die während der Depression sich zeigen werden. Das ist die Politik, für die Bülow die Verantwortung übernommen hat und über die das deutsche Volk am 25. Januar zu urteilen haben wird. Diese Politik haben Zentrum, Konservativ und Nationalliberale mit Begeisterung unterstützt. Den Bekämpfern dieser Politik, der Sozialdemokratie, ist die freisinnige Volkspartei schmählich in den Rücken gefallen.

Die breiten Massen der Nation sollen schlecht ernährt bleiben, sollen von den Genüssen einer sich immer größerartig entfaltenden Kultur ausgeschlossen bleiben, um den Reichtum, den sie schaffen, zum Monopol einer Handvoll Agrarier und Kartellmagnaten zu machen. Das ist die nationale Politik, wie sie Bülow meint. Wer aber wirklich für die große Masse der Nation, für ihre Hebung in der kapitalistischen Gesellschaft und für ihre schließliche Befreiung eintreten will, der wird am 25. Januar für die Sozialdemokratie stimmen.

Zur Reichstagswahl.

Die Sozialdemokratie im Urteil ihrer Gegner.

Professor Mommsen, der verstorbene berühmte Geschichtsforscher, hat 1903 geschrieben: „Es ist leider wahr, die Sozialdemokratie ist die einzige große Partei, die Anspruch hat auf politische Achtung. Von dem Talent ist es nicht nötig zu reden. Jedermann in Deutschland weiß, daß mit einem Kopfe wie Bebel ein Duzend ostelbischer Junker so ausgestattet werden, daß sie unter ihresgleichen glänzen würden. Die Hingebung, die Opferbereitschaft der sozialdemokratischen Massen imponiert auch dem, der ihre Zwecke nichts weniger als teilt. Dem ebenso falschen wie perfiden Röhlerglauben muß ein Ende gemacht werden, daß die Nation sich teilt in Ordnungsparteien und eine Umsturzpartei, und daß die erste politische Pflicht der zu jenen sich zählenden Staatsbürger sei, die Millionen Arbeiter als pestverdächtig zu meiden und als staatsgefährlich zu bekämpfen. In der Tat gibt es im politischen Leben weder Ordnungsparteien noch Umsturzparteien, oder wie man es auch ausdrücken kann, jede Partei ist eine Umsturzpartei.“

Bassermanns Frühlingseffekte.

In die nationalliberale Jugend hat sich der Führer der nationalliberalen Partei, Bassermann, in einem bereits vom 24. Dezember v. J. datierten Aufruf gewendet, der erst jetzt in den „Junglib. Blättern“ abgedruckt wird. Bassermann fühlt darin die „Brut geschwellt“ von der Hoffnung, daß es wieder Frühling werden möge wie einst in den Zeiten nach der „Gründung des Reiches“, und er rechnet „in diesem heißen Kampfe“ auf die „Jungmannschaften“. Dann fährt er fort:

„Die Regierungen haben den Druck des Zentrums als unerträglich befunden, und da es galt, die nationale Ehre zu wahren, blieben sie fest. Nun gilt es für uns zu zeigen, daß wir die Kraft besitzen, das deutsche Volk zu besseren Tagen zu führen. Niemand hat bitterer das Joch des Zentrums, den Druck der Sozialdemokratie beklagt, als die nationalliberale Partei, und in ihr ist niemand stärker gegen den täglich sich mehrenden Einfluß des Zentrums zu Felde gezogen, als unsere Jugend. Nun ist die Bahn frei! Die Fäden, welche jahrelange gemeinsame Arbeit auf manchem Gebiete der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zwischen den übrigen bürgerlichen Parteien und dem Zentrum geknüpft hatten, sind durch die Politik derer um Erzberger zerrissen und der Kampf gegen ultramontane Herrschaft ist heute durch keinerlei taktische Drahtzüge eingengt. Dem Liberalismus ist nochmals der Weg zu den Höhen, von denen er seine Weltanschauung betätigen kann, freigemacht; ein historischer Augenblick ist gekommen. Verjagen wir im Kampfe, lehrt der Ultramontanismus ungeschwächt zurück, dann ist er jederzeit in der Lage, im Bunde mit der Sozialdemokratie die nationale Entwicklung des Reiches zu schädigen, und er wird, weil den Regierungen im Kampfe gegen die stärker gewordene Sozialdemokratie noch unentbehrlicher geworden als bisher, noch mehr im Besitze der Macht und willens sein, die freiheitliche Entwicklung unseres Vaterlandes zu hindern. Wenn dies das Ergebnis der Neuwahlen sein sollte, dann geht unser Volk noch trübere Tage entgegen, als sie ihm heute schon beschieden sind. Bei der Schwere des Kampfes und der Höhe des Einsatzes tut es not, sich des Ernstes der Lage und der Notwendigkeit des Sieges voll bewußt zu sein.“ Also die „Fäden“ sollen zerrissen werden. In dem Augenblicke, in dem das Zentrum sich wenigstens in „ner Nebenachtlichkeit zu vernünftigerem Tun entschloß. Alles Unheil, das dem deutschen Volke in den letzten Jahren befohrt wurde, haben die Nationalliberalen in klatter Gemeinschaft mit dem Zentrum bewirkt. Vernünftiges wollen die nationalliberalen Delben nicht mitmachen. Für weitere

nationalliberale Unvernunft sind „alle taktischen Drahtzüge“ niedergelegt. Was wird Bassermann aber nach dem 25. Januar sagen? Frühlingseffekte sind etwas sehr Schönes. Wenn es nur nicht heißt: „Es fiel ein Reif in der Frühlingssnacht“, der die zarten Blaublümlein der nationalliberalen Siegesnotwendigkeiten gar grausam knickt...

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wahlagitator in der Kirche. In der Berliner St. Sebastiankirche wurden den Besuchern Flugblätter ausgehändigt, in denen zur Wahl des Herrn Erzberger, der in der Reichshauptstadt als Wahlkandidat fungiert, und zum Besuch einer Zentrumswahlversammlung aufgefordert wird. Die Schwarzzen sind an die geistliche Wahlbeeinflussung so gewöhnt, daß sie ihre Praktiken unbedenklich auch in Norddeutschland anwenden.

Pod und Peters. Aus Krieg bringt die „Kreuzzeitung“ die auch uns sehr schmerzliche Nachricht, daß die in der Ostpreignitz geplante Kandidatur des Staatsministers a. D. Podbielski wegen seines Gesundheitszustandes „leider nicht durchführbar“ sei. Man kennt ja die Gesundheitsrückichten, die den „verehrten Mann“ — als solchen sprach ihm am 1. Januar die „Deutsche Tageszeitung“ in einer besonderen Neujahrsgratulation an — zur Niederlegung seines Ministerportefeuilles veranlaßten. Dieselben Gründe sind offenbar für die Konservativen ausschlaggebend gewesen, als sie anstatt des sehr berühmten Pod einen Herrn v. Tallwig, Sohn seines Vaters, aufstellten, der vor dem Staatsminister wenigstens den Vorzug hat, daß seine Privatgeschäfte gänzlich unbekannt sind. Die Sozialdemokratie bedauert diesen Ostpreignitzer Szenen- und Personenwechsel noch viel aufrichtiger als die „Kreuzzeitung“ es tut. Es gibt keinen würdigeren Vertreter des Konservatismus, als Pod, sowie es keinen würdigeren Repräsentanten des Nationalliberalismus gibt als Peters. Aber die vornehme Zurückhaltung der eigentlichen Schlachtenlenker ändert nichts an ihrer Führereigenschaft. Das ist es ja, wenn man den Dingen ihren persönlichen Namen gibt, um was es sich in diesem heiligen Rassenkrieg handelt: Pod und Peters in Deutschland voran!

Parlamentarischer Maulkorbzwang. Der Seniorenkongress des preussischen Abgeordnetenhaus trat heute vor Beginn der Plenarsitzung zusammen, um über die Geschäfte des Hauses zu beraten. Man war sich darüber einig, daß sich diesmal die Beratung des Etats in möglichst engen Grenzen zu halten habe, und es wurde der Wunsch ausgesprochen, bei der ersten Lesung des Etats nur eine wirkliche Budgetdebatte zu führen und alle die wichtigen schwebenden großen politischen Fragen beiseite zu stellen. Es wurde angenommen, daß bei Einhaltung dieses Vorschlags die erste Lesung des Etats am Freitag und Sonnabend beendet werden könne. Dann soll eine Pause in den Beratungen eintreten. Ueber die Länge der Pause wurden bestimmte Vorschläge aber noch nicht gemacht, vielmehr soll der Seniorenkongress am Freitag oder Sonnabend noch einmal zusammenzutreten, um hierüber Beschluß zu fassen. Diese außergewöhnliche politische Enthaltsamkeit ist nur allzu begreiflich. Die Parteien des nationalen Blocks vereint schon ohnehin die schönste Nichtvereinbarung, die sich leicht bei der Erörterung wichtiger Fragen noch steigern könnte, so daß schließlich die agrarisch-antidemokratisch-liberale Seelenverwandtschaft vollends in die Brüche geht, deshalb legen sich die Alliierten in weiser Vorsicht selbst den Maulkorbzwang auf. Wer nicht redet, kann auch den anderen durch Redensarten nicht verstimmen.

Hochkonjunktur für die Kapitalisten — Heberarbeit und Unterernährung für die Arbeiter! Der „Deutsche Metallarbeiter“, das Blatt des christlichen Metallarbeiterverbandes, bringt in der ersten Nummer seines neuen Jahrganges einen Rückblick über die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Vorgänge des verflossenen Jahres. Dann heißt es:

„Wirtschaftlich ist das Jahr 1906 ein Jahr der Hochkonjunktur gewesen, wie wir wohl kaum eins in früheren Perioden der guten Geschäftslage zu verzeichnen hätten. Ein wahrer Goldstrom hat sich in Gestalt von Millionen und wieder Millionen in den Schoß der Aktionäre und Kapitalisten ergossen. Die Metall- und Hüttenindustrie steht in dieser Beziehung mit an der ersten Stelle. Leider aber haben die Arbeiter sehr wenig von dem Erfolg dieser guten Zeit mitbekommen. Wohl sind hier und da Lohnaufbesserungen zu verzeichnen gewesen, aber auch nur dort, wo die Arbeiter auf Grund der Stärke ihrer Organisationen dazu gedrängt haben. Sonst aber ist das Eintommen der Arbeiter im allgemeinen nur durch planlose Heberzeitarbeit, Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit und Nebenarbeiten etwas erhöht worden. Und das ist hinlänglich wieder ausgeglichen worden durch eine fortwährend anhaltende Verteuerung aller Lebensbedürfnisse, die uns das verflossene Jahr in steigendem Maße gebracht hat. Feilsch ist derart im Preise geitigen, daß es für viele Arbeiterfamilien unerschwinglich, für die meisten aber nur selten zu beschaffen ist. Gemüße ist ebenso im Preise gestiegen und muß 20 bis 30, oft 40 Proz. teurer bezahlt werden, wie in früheren Jahren. Dasselbe kann von den Wohnungsmieten gesagt werden, und zwar nicht allein in den Großstädten, sondern auch in ländlichen Gegenden mit zahlreicher Arbeiterbevölkerung — trotzdem die Mietpreise in den letzten Wochen etwas gefallen sind.

werden die Fleischpreise aber auf der früheren Höhe gehalten und Fleisch scheint auch für die Zukunft in Deckerbissen in den Arbeiterfamilien bleiben zu sollen.

Die Regierungspresse hat es als sozialdemokratische Verheugung bezeichnet, daß im „Vormarsch“ von Hungermähen die Rede war. Wie man sieht, kommt die christliche Arbeiterpresse, wenn sie auch das Wort vermeidet, zu dem gleichen Ergebnis. Und mehr als das: das christliche Gewerkschaftsblatt gelangt zu einer Verurteilung der ganzen Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung, indem es feststellt, daß von der wirtschaftlichen Hochkonjunktur die Unternehmer der Millionengoldstrom, die Arbeiter aber noch weitaus weniger als nichts: nämlich Ueberarbeit und Unterernährung erhalten haben. Was haben die christlichen Arbeiter für ein Interesse an der Erhaltung einer Gesellschaftsordnung, die allen Begriffen von Gerechtigkeit und Menschlichkeit Hohn spricht? Aber das ist das Bedauerliche, daß die katholischen Arbeiter, die auf diese Weise die Herrlichkeiten der kapitalistischen Ordnung zu spüren bekommen, der Partei Gefolgschaft leisten, die sich als Stütze dieses Systems erweist. Mit Recht schreibt das christliche Gewerkschaftsblatt: „In Anbetracht solcher Umstände ist es bedauerlich, daß die Regierung, gestützt durch Scharfmacher und Reaktionsäre, nicht den nötigen Mut fand, das Vertrauen des Arbeitervolkes zu den gesetzgebenden Körperschaften durch eine energische Fortführung der Sozialreform zu stärken. Auf diesem Gebiete war das Jahr 1908 unfruchtbar.“ Statt an die Regierung, sollten die christlichen Arbeiter ihren Vornachdruck an die bisher ausschlaggebende Partei im Reichstag, das Zentrum, richten.

Zur Bekämpfung der Serien- und Prämienlosgeschäfte haben die zuständigen preussischen Minister auf neue in einem Erlaß aufgefordert. Sie bekennen, daß die bisherigen Bestimmungen eine Einschränkung der Tätigkeit der Serien- und Prämienlosgeschäfte nicht zur Folge gehabt haben, vielmehr würde der strafbare Handel mit Anteilen an Losen, insbesondere Serienlosen, in der Form von angeblichen Spielgesellschaften von zahlreichen ausländischen Firmen nach wie vor weiter betrieben. Nach der „Köln. Zeitung“ fährt der Ministerialerlaß dann fort: „In neuerer Zeit haben auch deutsche Unternehmer sich dem erwähnten Geschäftszweig zugewandt und bei der Veranfassung von Spielgesellschaften ebenso wie einzelne ausländische Firmen auch die preussische Klassenlotterie mit in den Bereich ihrer Tätigkeit gezogen. Es ist bereits angeordnet worden, dahin zu wirken, daß die Aufnahme von Anzeigen und Prospekten der Unternehmer der Spielgesellschaften und ihrer Mittelspersonen in die Kreisblätter abgelehnt wird. Es erscheint aber auch geboten, die sonstigen Zeitungen und Zeitschriften darüber aufzuklären, daß sowohl der Handel mit Losanteilen in der fingierten Form des Gesellschaftsspiels als auch dessen Unterjüngung seitens der Zeitungen durch Aufnahme von Anzeigen und Prospekten strafbar ist, und ihnen mit Rücksicht hierauf und im Interesse des Publikums die Zurückweisung solcher Bekanntmachungen zu empfehlen. Sollten die fraglichen Reklamen auch weiterhin von Zeitungen veröffentlicht werden, so sind, wie die Verbreiter der Proteste selbst, so auch die für den Inhalt der Blätter verantwortlichen Personen zur gerichtlichen Anzeige zu bringen. Hand in Hand mit diesen Maßnahmen muß aber eine fortgesetzte Aufklärung des Publikums gehen, damit die Unternehmer durch den Mangel an Beteiligung schließlich zur Einstellung ihrer nicht mehr lohnenden Tätigkeit gezwungen werden.“ Zu diesem Zwecke halten es die Minister für erforderlich, daß von Zeit zu Zeit durch geeignete Pressnotizen auf das gemeinlichliche Treiben der Lotteriegesellschaften, sowohl der inländischen wie der ausländischen, unter besonderer Hervorhebung der Strafbarkeit derartiger Unternehmungen hingewiesen und vor der Anknüpfung von Geschäftsverbindungen eindringlich gewarnt wird.

Aufforderung zum Mord. Die „Post“, deren politisches Niveau sich ungefähr mit dem der schwarzen Bänder in Rußland deckt, veröffentlicht den Brief einer „deutschen Frau“, die offenbar über der langjährigen Lektüre des Blattes geisteschwach geworden ist. Die Walfüre des Scharfmachertums faselt u. a.: „Ich möchte Sie bitten, in Ihrer Zeitung immer und immer wieder, und zwar recht nachdrücklich der Regierung ans Herz zu legen. Daß nur Strenge und unumschmeibliches, scharfes Vorgehen mit dem Strafgesetze gegen die scham- und ziellosen Hehereien der Sozialdemokratie und des Zentrums am Platze ist. Unseres verehrten Herrn Reichszanklers wahre und schöne Antwort an den Vorstand des deutschen Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie hat gewiß allerorten den tiefsten Eindruck gemacht. Wäre es nicht zur Auflösung des Reichstages gekommen, ich hätte einmal von der Zuschauertribüne heruntergerufen: „Weil, wenn Sie denn schon gar kein Schamgefühl und Gewissen mehr haben, trotzdem Sie schon mit einem Fuß im Grabe stehen, so lassen Sie sich gesagt sein, es gibt auch unter uns manche Charlotte Corday.“ Charlotte Corday war bekanntlich die Person, deren von Pfaffen umwehelter Gehirne sie dazu trieb, Marat zu ermorden. Mit der Vermissten selber haben wir Mitleid. Wenn jedoch eine politische Zeitung derartig hinverbranntes Zeug abdrucken, so ist das nichts mehr und nichts weniger, als öffentliche Aufreizung zum Mord. Die „Post“ ist sich dessen auch völlig bewußt und fügt dem Briefe der geisteskranken Frau einen Kommentar an, der nicht weniger geisteskrank anmutet:

„Die Sozialdemokratie könnte sich allerdings gar nicht ändern und hätte jedenfalls kein Recht zur Bekehrung, wenn sie, die das System des Mordmordes als politisches Kampfmittel verteidigt, empfiehlt und preist, sich auch einmal mit solchen Mitteln bekämpfen läßt. Die demagogischen Apostel des Mordmordes verlassen sich aber immer auf die Einseitigkeit ihrer Gegner und finden sich darin selten geirrt. Wenn jedoch ihre bodenlose Niedertracht und Gemeinheit alles Maß übersteigt, so kann sie schließlich auch edle Naturen einmal zum Heuwerfen treiben, wie es das Beispiel Charlotte Cordays zeigt. Zu verziehen würde das sein, wenn wir es selbstverständlich auch niemals zu billigen vermöchten.“

Das ist wohl deutlich genug. Selbstverständlich ist es unklar, daß die deutsche Sozialdemokratie den Mordmord als politisches Kampfmittel verteidigt, empfiehlt und preist. Wenn aber die herrschende Klasse offen dazu übergehen will, so tut sie damit etwas, was sie eigentlich nicht nötig hat. Sie hat doch die Staatsverwaltung und die Justiz auf ihrer Seite. Das ist für die Besitzenden ein viel sichereres System. Es regt die Massen nicht so auf und lüßt sie in den Glauben, alles gehe im Namen der Gerechtigkeit vor sich. Wenn die Post die offene Praxis der vertriebenen vorzuzieht, so sind nicht wir es, die dabei Schaden leiden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 10. Januar.

Zug von Fischern, Drehsilern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Lübeck ist strengstens fernzuhalten.

Die Straßensituation

Nachtrag, baugewerbliche Arbeiter! Ueber das Baugewerbe des Unternehmers Brieger (Rattow), Hofmann, ist seitens der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter wegen Nicht-Anerkennung des Arbeitstarifs die Sperre verhängt. Kein Kollege darf dort in Arbeit treten.

Eine überfüllte Wählerversammlung, die Stellung zu den kommenden Reichstagswahlen zu nehmen hatte, tagte gestern abend im Konzerthaus Flora. Kopf an Kopf drängte sich die Menge, um mit gespannter Aufmerksamkeit den Ausführungen des Referenten, Redakteur Löwig, zu folgen. Derselbe gab eingangs seines Vortrages seiner Freude darüber Ausdruck, daß die an diesem Abend erstmalig im Hanftheater auftretende Serie von politischen Zauberkünstlern es nicht zuzulassen gebracht habe, den Besuch der sozialdemokratischen Versammlung zu schwächen. Wohl würde man dort die schwierigsten Kunststücke vollführen, doch jeder denkende Politiker würde schließlich merken, daß es nur ein fauler Zauber sei, den die „verehrten bürgerlichen Parteien“ den Wählern vormachen. Redner ging sodann auf die Ursachen der Reichstagsauflösung ein, und unterzog die Kolonialpolitik der Regierung einer scharfen Kritik. Ganz besonders ging der Referent mit dem Kolonialflugblatt ins Gericht, das man dem Amtsblatt beigelegt hatte. Redner wies sodann nach, daß als Folge der unheimlichen Kolonial- u. Seerespolitik die Zollpolitik betrachtet werden müsse, welche das deutsche Volk auf das schwerste belastet. Dessenungeachtet, welche sich soviel auf ihren Patriotismus einbilden, die für Meer und Marine begeistert sind, haben es doch immer verstanden, die Lasten dafür auf die Schultern der breiten Massen abzuwenden. Der Referent skizzierte sodann die Aufgaben des kommenden Reichstages, die Befindlichkeit neuer Steuern, die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine usw. und beschloß sich mit dem Witschmalk-Kandidaten Klein. Derselbe versprach alles Mögliche in der sicheren Voraussetzung, daß er keine Versprechungen doch nicht erfüllen könne. Herr Klein sei der Vertrauensmann aller Reaktionsäre, die Schuld seien an der Volksausbeutung und Volksentrechtung, deshalb könne ihm auch das Volk kein Vertrauen entgegenbringen. Demgegenüber sei zu berücksichtigen, daß Genosse Theodor Schwarz, der Kandidat der Sozialdemokratie, ein festes Programm vertrete, das dahin zielt, den Satz zu verwirklichen: „Alle Menschen, die gleich geboren sind, sind auch gleich.“ Herr Klein ist der Ansicht, daß nicht jedem das Gleiche gebühre, sondern jedem das Seine. Ein solcher Mann würde ein schlechter Schlichter des allgemeinen Glücks sein, geheimen und direkten Wahlrechts sein. Zum Schluß forderte Genosse Löwig die Wähler auf, am 25. Januar durch den Stimmzettel zu zeigen, daß die gegenwärtige Politik des Reiches nicht die Billigung des Volkes findet; durch die Wahl des Kandidaten Theodor Schwarz würde jeder seinem Interesse und dem Interesse der Gesamtheit am besten dienen. (Stürmischer Beifall.) Eine Diskussion fand nicht statt. Darauf wurde die Versammlung vom Vorsitzenden, Genossen Beck, geschlossen.

Wählerversammlung. Am Mittwoch, den 9. Januar, tagte in der „Friedrich-Kranz-Halle“ eine gut besuchte Wählerversammlung. Anstelle des verhinderten Gen. Schneider hatte der Gen. Kad. den das Referat über die bevorstehenden Reichstagswahlen übernommen. Redner kritisierte den aufgelösten Reichstag, welcher zu jedem Verlangen der Regierung Ja und Amen gesagt hätte. Redner gibt der Ausrufung Ausdruck, daß der jetzt zu wählende Reichstag sich dazu aufraffen möge, eine gesunde Wirtschaftspolitik zu beschließen und dazu wäre notwendig, daß die Wortverweigerung, Wahlrechtsbeschränkung und Koalitionsfreiheitsträber nicht wieder in den Reichstag hineingelassen, sondern die Kandidaten der Sozialdemokratie. Redner ermahnte die Anwesenden, ihre Stimme für den Kandidaten Theod. Schwarz abzugeben, denn die Sozialdemokratie müsse in diesem Wahlkampf eine Verdoppelung ihrer Stimmenzahl erhalten und ebenfalls das erste Hundert an Abgeordneten überschreiten. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Gegner meldeten sich nicht zum Wort.

b. Der Kandidat des gesamten deutschen Bürgertums gegenüber der internationalen Sozialdemokratie, wie sich Reichstagskandidat Oberpostassistent Klein jetzt zu nennen beliebt, entwickelte Mittwoch abend unter Präsenz des Direktors Schrader-Dejau vor überfülltem Saale des Hansa-Theaters sein Programm. Obwohl jedem Leser des „Volksboten“ bekannt ist, daß es zur Unmöglichkeit gehört, allen Menschen, und insbesondere den bestehenden Klassen mit ihren vielverzweigten, sich diametral gegenüberstehenden Interessen und Anschauungen es recht zu machen, versuchte Herr Klein doch nochmals den Beweis zu erbringen, daß er der Mann sei, der das Kunststück fertig bringe. Zur Einführung meinte Herr Pape, daß sich hier das Bürgertum leichter zusammenzufinden habe, um einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen, als es sonst möglich sei, denn der Grund habe in der Reichstagsauflösung selbst gelegen, und im ganzen Vaterlande sei es gang und gäbe, daß das Bürgertum die verschiedenen Wünsche zurückgestellt, um der Gesamtheit dienen zu können. Dann predigte Herr Direktor Dieckel nach Hohepriesterart eine Epistel vom Frieden nach außen und innen, rekapitulierte ein Duzendmal die Inschrift am Holstentor und überließ dem Kandidaten, den Heiterkeitserfolg seiner Ausführungen wieder wett zu machen. Herr Klein selbst führte, in gedrängter Form wiedergegeben, aus: Durch die Unmöglichkeit der bürgerlichen Parteien, die den Nachtragskredit in Höhe von 29 Millionen Mark nicht bewilligt hätten, sei die Auflösung des Reichstages erfolgt. Militärische und verfassungsrechtliche Gründe, das Ansehen des Deutschen Reiches, das durch solche Verweigerungen leide, hätten der Regierung das Recht gegeben, die Reichstagsmitglieder ihres Ehrenamtes zu entheben, denn diese seien nicht in der Lage, die Zahl der Truppen festzusetzen, die in Südwestafrika nötig seien, ebensowenig als jetzt vorgegriffen und festgesetzt werden könne, wieviel Soldaten in einigen Monaten dort postiert sein müssen. (Das sind ja nette Programmsätze.) Wenn der verfloßene Reichstag nicht getarnt hätte und der Bahnbau bewilligt worden, wäre der Aufstand beendet. Seitdem die Soldaten nicht mehr paketweise, sondern in Massen nach Südwestafrika transportiert worden seien, hätte die Aktion einen schnelleren Verlauf genommen. Es müßte den Glauben nähren, daß die Zurückziehung der Massen die Schwäche der Nation bedeute. Es müßte wieder neue Kraft gezeigt werden. Es sei die Lage in Südwestafrika gerade so, als wenn die Arbeiterschaft einen Streik bereits erfolgreich seinem Ende nahen sehe und die Zentrale die Abbrechung desselben verlangen würde (!?) Bei Beginn des Aufstandes sei die Sozialdemokratie der Meinung gewesen, daß er unterdrückt werden müsse. Der Abstimmung aber habe sie sich enthalten, sie hätte nicht den Mut gehabt, ein striktes Nein zu sagen. Die Buren seien 10 mal so stark als die Hottentotten gewesen, trotzdem hätte das englische Parlament die Kredite bewilligt und eine Einkommensteuer deshalb als Opfer gebracht. (Der Herr vergaß anzuführen, daß die Burenrepubliken durch die Diamant-Minen den Einsatz lohnten.) So hätte der Reichstag auch handeln, und die Ehre des Vaterlandes über die Parteinteressen stellen sollen. Mit der Bewilligung aus taktischen Gründen wäre noch keine Billigung ausgesprochen gewesen. (Was denn?) Auf die

Brueckelaten einzugehen, wolle er verzichten, billigen könne er sie nicht. Durch die Nebenregierung des Zentrums, der Druck vollendet worden, und die Regierung habe die ihre Tat dem Volksempfinden auf gerechte Weise entgegen. Die Sozialdemokratie habe die Lage verkannt, sie habe die Lage des Zentrums befürchtet, das sonst parlamentarisiert gewesen wäre. Die finanzielle Frage sei gegenüber der gebrochenen Macht des Zentrums nur von untergeordneter Bedeutung. Die Nachtragskredite würden im neuen Reichstag in wenigen Sitzungen erledigt sein, aber dann kommen weit wichtigere Fragen als vor Jahrzehnten. Der Übergang der Nationalwirtschaft zur Weltwirtschaft habe sich rapid vollzogen. Während Bismarcks Lebensinteresse für die Nation nicht über Europa hinausreichte, habe sich unter Wilhelm II. die Lage von Grund aus geändert und aus dem Agrarstaat von 1870 sei ein Industrie- und Handelsstaat geworden. Jetzt müßten wir Weltpolitik treiben, und zwar im eigenen Interesse der Arbeiter. Die steigende Bevölkerungszahl könne nicht von der Produktion im eigenen Lande leben, sie müsse sich die Waren bei fremden Völkern kaufen. Die Landwirtschaft könne selbst bei intensivstem Betrieb das Brot nicht schaffen, das im Jahre 1925 die etwa 75 Millionen betragende Bevölkerung brauche. Deshalb müßten wir überseeischen Handel treiben (hat außer Agrarien noch niemand bezweifelt). Sei es da nicht besser, wenn wir die Kolonien besiedelten und bei den eigenen Landseuten kaufen? Wenn auch mit den englischen Kolonien kein Vergleich sein könne, so fangen sie aber doch schon an zu rentieren. Das sozialdemokratische Flugblatt habe der Kolonie Togo, die 1884 erworben sei, keine Erwähnung getan, aus dem Grunde, weil Togo Überschüsse abwerfe; 1902 635 000, 1906 1 831 000 Mk. Auch die anderen Kolonien werden sich rentieren, wenn sie erst genealogisch ganz erschloßen seien. Dernburgs Denkschrift weise auf reiche Bodenschätze hin. (Der muß es ja wissen.) Das Bevölkerungsproblem werde in wenigen Jahrzehnten alle anderen Fragen zurückdrängen, und da seien wir froh, unsere Kolonien bevölkern zu können. Wenn wir keine Kolonialpolitik treiben, überlassen wir alles den Engländern und Amerikanern. Nationalpolitik ist auch Arbeiterpolitik. Um das erstere treiben zu können, sei ein starkes Heer und starke Flotte notwendig. Der Redner vertritt hier den alten abgetanen Standpunkt, daß Volksmiliz, wie sie die Sozialdemokratie will, ein Un Ding sei; es habe stets Krieg gegeben und auch in Zukunft werden wichtige Nationalinteressen nur durch einen solchen ausgefochten werden können. Wir müßten so stark sein, daß durch ein kräftiges Heer und durch eine starke Flotte unsere Gegner nicht nur allein abgehalten werden, sondern daß wir unsere Truppen in Feindesland schicken und das Vaterland im Innern vor Verheerungen schützen könnten. Das liege im Interesse der Arbeiterpolitik. Redner führt noch das schöne Beispiel an, daß eine Stadt von 100 000 Einwohnern wie die unsere mehr Polizei brauche, als eine von 50 000; so liege die Sache auch im ganzen Reiche. Die Kosten lästen allerdings schwer auf uns allen, aber durch die letzte Finanzreform sei es anders geworden, alle liberalen Forderungen seien erfüllt. (Mann!) In Zukunft müßten die tragfähigeren Schultern durch Reichserbschaftssteuern ac. herangezogen werden. Er würde allen diesen Steuern, die die wirtschaftlich Bessergüter treffen, freudig zustimmen. Bei der Deckungsfrage für Heer und Flotte treibe die Sozialdemokratie nur den internationalen Standpunkt hervor, während die Sozialisten anderer Länder einen nationalen einnehmen. Die 80 Parteiführer im Reichstage hätten durch ihre negative Politik den Arbeitern nur geschadet, das würde aber erst anders werden, wenn die Arbeiter einsehen, so könne es nicht weiter gehen, wenn sie sich von der Partei loslagern und einen nationalen Standpunkt einnehmen. Die Soldatenmishandlungen mißbillige auch er wie die Sozialdemokraten, auch von oben würde darauf hingewirkt und die Peiniger schwer bestraft. (Zuruf: Wegnabungen.) Ein fantastischer Flottenfreund bin ich auch nicht, aber so stark muß die Flotte sein, daß sie unseren Handel schützt und vermehrt. Daß die Regierung keine Maßnahmen zur Verringerung der Fleischnot getroffen habe, mißbillige auch er. Die Sozialdemokratie stelle sich in Presse und Flugblatt als einzige Gegnerin der Fleischsteuerung hin, das sei nicht richtig. Mit gleicher Entschiedenheit habe seine Partei dagegen gearbeitet, und er, auf freiesinnigem Boden stehend, werde im Reichstage die gleiche Stellung einnehmen. Der lange Titel, den ihm der „Volksbote“ angehängt, sei unangebracht, doch wundere er sich, daß der „Volksbote“ ihn nicht früher gebracht. Er habe ein fühlendes Herz für die Mißfälligen und Beladenen, die mit Aufgebots aller Kräfte einen schweren Daseinstampf führen. Auch er sei einer einfachen Handwerkerfamilie entstammend, und werde stets für die Interessen des Handwerks eintreten, aber er müsse gestehen, das goldene Zeitalter desselben könne er nicht wieder zurückrufen, doch wolle er dafür eintreten, daß das Kleinbürgertum erhalten bleibe und nicht proletarisiert werde und der Sozialdemokratie als Beute zufalle. Freilich denke ich nicht daran, es allen Leuten recht zu machen wie der „Volksbote“ sagt. Ein solches Unikum kann das Blatt, wenn es eines findet, in Kallans Panoptikum ausstellen lassen. Es sei nicht unter zwei Personen in allen Fragen eine Übereinstimmung zu erzielen, nicht einmal die Sozialdemokratie sei einig, das sei zweifellos auf ihren Parteistellung festgelegt, wenn auch die Resolutionen anders lauteten. Der Mann, der es allen recht macht, bin ich nicht, will ich auch nicht sein, wenn es auch der „Volksbote“ 100mal sagt. Die vereinigten bürgerlichen Parteien wählten mich, obwohl ich ein linksliberaler Mann bin, und nicht das Programm jeder Partei vertritt und vertreten kann. Das engere Parteinteresse muß bei dieser Wahl zurücktreten vor der großen allgemeinen Frage. Ich bin der Kandidat des gesamten deutschen Bürgertums gegenüber einer internationalen Masse. Die Sozialdemokratie läßt das Gemeinwohl zurücktreten gegenüber den einseitigen Interessen der Lohnarbeiterschaft. Auch die übrigen Erwerbsstände müssen geschützt werden, nicht zum mindesten im Interesse der Arbeiter, die gemeinsam an der allgemeinen Entwicklung im Erwerbsleben teilnehmen zu ihren (der Arbeiter) Gunsten. Gehts dem Arbeitgeber gut, hats der Arbeiter auch nicht schlecht. Der Serrenstandpunkt gehört längst in die Kumpelkammer. In sozialpolitischer Beziehung hat der verfloßene Reichstag wenig geleistet, dafür sind aber die Sozialdemokraten mitschuldig, die jede bürgerliche Vorlage ablehnen und übertriebene Forderungen stellen, die nie erfüllt werden können. Sie benutzen die Reichstagstribüne nur zur Agitation. Dem Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine weine ich keine Träne nach. Die Bestrebungen zum Feimarbeiterchutz, gesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung werden von mir kräftig unterstützt, und der Schlüsselstein der ganzen Arbeiterversicherungsgeleße, die Witwen- und Waisenversicherung, werde ich unterstützen. Die Interessen der Arbeiter werden bei mir ebenso gemahnt sein, wie bei der Sozialdemokratie. Der „Volksbote“ warf mir noch vor, ich hätte zum Lübecker Wahlrecht keine Stellung genommen. Warum ich gerade diese Stellung nehmen sollte, da ich doch nicht im Bürgerausschuß oder Vorstand eines politischen Vereins war, ist mir nicht klar; der „Volksbote“ vertritt als Öffentlichkeit nur das „Vereins-

haus". Im Vaterstädtischen Verein redete ich gegen den Gegenstand. Mit dieser Vorlage in den Ortus war meine Rede Schluss. Im Bürgerrechtsverein und auch im nationalsozialen Verein am 26. Mai 1906 habe ich dagegen gesprochen und gestimmt. Das freie, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht werde ich stets vertreten. Ich vertritt die freisinnige Vereinigung und keine andere Partei. Nach der Volksbotenlogik müßten auch, weil nur einige Führer gegen den Gesetzentwurf gesprochen, alle anderen anderer Meinung sein. Meinen liberalen blauen Schilde lasse ich nicht bestechen, ich bewahre ihn immer, das gegen verdächtige Behauptungen. Aber der "Volksbote" denkt: Ist es schon Tollheit, so hat es doch Methode. In einem Kraftvollen Staate kann die Wohlfahrt der Arbeiterchaft gedeihen. 1806 hat Lübeck gelitten, weil es sich nicht wehren konnte. Jetzt ist Lübeck zu einem blühenden Staat herangewachsen, und wer die Allgemeinheit fördern will, muß dem Staate geben, was des Staates ist. Per Minderbemittelte bekommt es zuerst zu fühlen, wenn es dem Staate schlecht ergeht. Aber die Arbeiterchaft glaubt alles, was die sozialdemokratischen Führer sagen; wenn diese behaupten, im Saale ist es dunkel, sagen es die anderen nach: ja es ist so. Ich aber sage: Deutschland, Deutschland über alles! Die Freunde des Mischmachtskandidaten spendieren natürlich denselben den nötigen Beifall. Herr Schrader-Dessau, der sich in einer ähnlichen Lage wie sein politischer Freund Julius Klein befindet, das heißt nur durch Hilfe der reaktionären Parteien in den Stand gesetzt wird, im Reichstage "liberal" zu handeln, wiederholte zum größten Teile, nur mit anderen Worten, das von Klein Gesagte. Die Freude über den großen nationalen Drei, den anzuführen eine nationale Notwendigkeit geworden sei, war groß. Er habe nichts hinzuzufügen und nichts hinzuzunehmen. Klein sei der wohlunterrichtete Mann, der im Reichstage die Bevölkerung Lübecks seit langer Zeit wieder richtig vertreten werde. Die Zentrums-Politik und der Silberpunctbrief Bülow's müßten erhalten, um den liberalen Schilde reinzuwaschen. Nebenbei wurde die konservative Partei als die gefährlichste, rückschrittlichste bezeichnet. Die national-liberalen sollten keine zentrum-konservative Politik treiben, sonst hörten sie auf liberal zu sein. Seine Freunde seien gegen Joltarif und die neuen Steuern, die uns auferlegt, gewesen; wenn ohne Erfolg, läge es daran, weil das deutsche Volk zu wenig Männer in den Reichstag gelangt habe, die gegen solche Lasten stimmten. Arbeiterinteressen würden von ihnen stets vertreten, wie von der Sozialdemokratie, deren Führer vielfach keine Arbeiter seien, oder die Arbeiterinteressen schlecht vertreten. Dann wurde von Herrn Schrader noch der Zukunftsstaat auf seine Weise erläutert und der Blödsinn aufgezeigt, die Sozialdemokratie mit ihren 80 Vertretern könne nie im Reichstage gegen die 817 der anderen Parteien maßgebenden Einfluß gewinnen; die Arbeiterinteressen könnten nur von den in überwiegender Zahl tätigen bürgerlichen Vertretern gewahrt bleiben. Allerdings müsse die Stellung der Konservativen gebrochen werden, weil diese Partei gegen alle Arbeiterinteressen sei. Genosse Wissell packte das Kind gleich beim Wickel und stellte die Frage an Herrn Schrader, wie er und sein Freund Klein sich denn dazu stellten, wenn im benachbarten Lauenburg Stichwahl zwischen den Konservativen und unserer Partei eintrete. Nach den Ausführungen Schraders müßte doch seine Partei für den sozialdemokratischen Kandidaten bei der Stichwahl eintreten. Dem Kandidaten selbst hielt Wissell sein Verhalten betreffs der Forderung der Sozialdemokraten im Lübschen Parlament vor: die Arbeiten vom Hochofenwerk nur an solche Unternehmer zu vergeben, die die von den Arbeitgebern und -nehmern vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen einhielten. Klein wollte hier als Reichstags-Kandidat für die Interessen der Handwerker eintreten und wo er Gelegenheit dazu hatte, habe er sich in gegenwärtigen Standpunkt zu seinem jetzigen Programm gesetzt. Der Kandidat habe selbst im Jahre 1903 zu Gunsten Tischendörfers eine Broschüre veröffentlichen lassen, in der Damajschke, sein politischer Freund, für Tarifverträge eintrete. Da sei das vorbezeichnete Benehmen des Kandidaten doch mindestens sehr zweifelhaft. Nach weiteren Darlegungen betreffs der Wahl zum Lübschen Parlament, wo Herr Klein anders als heute gehandelt, erläuterte unser Genosse frant und frei unser Endziel, das unser Evangelium sei, und zwar ein besseres, als das, welches das Bürgertum predige. Der Kampf gegen die Ausschreitungen des heutigen Klassenstaates ist nichts anderes, als ein Ausdrück unser Endziele. Wir wissen ganz gut, daß die Arbeiterchaft einen beschwerlichen Weg zu gehen hat, aber sie wird ihn gehen, und wenn die Wähler den festen Willen haben, daß bessere Zustände herbeigeführt werden, dann wählen sie nicht Klein, sondern Schwarzb. Zur allgemeinen Heiterkeit produzierte sich ein Herr Wachenfeld als Stimmenimitator und Sozialistenfresser. Von Adam und Eva, Louis Blanc, Friedrich Krupp in Essen, vor 150 Jahren, ja, da war es noch anders, erzählte der Herr. Im Schweige seines Angesichts mußte das Brot verdient werden. Der aufgeregte Herr, der sich schon während der Rede Wissells durch Knurren bemerkbar machte, versuchte auf Grund seiner Wissenschaft das sozialdemokratische Programm zu zerpfücken, kam aber trotz seiner die angefüllten Altkempe nicht vom Fleck und mußte als betrübter Lohgerber abziehen. Wir würden seiner nicht erwähnen, wenn die Anschauung solcher Leute nicht charakteristisch für die Beurteilung der sozialistischen Ideen wäre. Der "Volksbote" hatte es ihm auch angetan, dem Mann, der in verschiedenen Versammlungen herumgeschwiffelt, ohne ein rechtes Urteil zu finden. Möge ihm das Glas Wasser, das ihm Schreiber dieses reichte, gut bekommen sein. — Nunmehr stellte Herr Mustter Otto die Anfrage, wie der Referent sich zur Frage der Konkurrenz der Zivilmutter durch die Militärkapellen stelle. In seinem

Schlusswort versprach Herr Klein, (der ja alles verspricht) für die Zivilmutter eintreten zu wollen. In seinen weiteren Ausführungen suchte er die Rede unseres Genossen Wissell dadurch abzuschwächen, daß er erklärte, ein zwanzigjähriger Mann sei nicht politisch reif und auf der Genossenschaftsbühne erhielten auch nicht alle den gleichen Lohn. Diese Weisheit fand natürlich den Beifall der Leute, die politisch und wirtschaftlich am rückständigsten sind. Herr Schrader antwortete auf die Frage Wissells, wie sich die Liberalen in Lauenburg im Falle einer Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Konservativen stellen würden, daß man das diesen Liberalen selbst überlassen müsse. Das sagt genug. Herr Aug. Bape, der plötzlich wieder bei seinen ehemaligen Gegnern zu Ansehen und Ehren gekommenen Freisinnigen, trümmte dann seinen "demokratischen" Buckel und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser. Was natürlich bei ihm und auch noch bei anderen große Begeisterung erregte.

Bei der Einberufung von Versammlungen empfiehlt es sich, folgende Maßnahmen zu beachten: Da die Versammlungen meist überfüllt und infolgedessen die Hitze in den Lokalen oft eine erdrückende ist, empfiehlt es sich, schon vor Beginn der Versammlungen die Ventilation in Tätigkeit zu setzen. Weiter ist erwünscht, das Rauchen einzustellen zu lassen; die Redner haben jetzt so großen Kraftaufwendungen zu entsprechen, daß jede Erleichterung für sie geboten ist. Außerdem befinden sich in jeder Versammlung eine große Anzahl Personen, die nicht rauchen, die also das Rauchen stört. Damit der Redner aus jedem Winkel eines Versammlungsortes gesehen und gehört werden kann, ist notwendig, daß derselbe erheblich über der Versammlung steht. Man nehme sich die Kanzeln in den Kirchen zum Muster, die nicht zwecklos in der Höhe angebracht sind. Endlich ist notwendig, daß rechtzeitig für den Redner eine Erfrischung besorgt wird. Erfahrungsgemäß ist das sehr schwer, wenn die Versammlung schon überfüllt ist und man nur mit großer Mühe zum Bisset gelangen kann. Alle diese Maßregeln sind für einen ruhigen und ordnungsmäßigen Verlauf der Versammlungen von Wichtigkeit.

Arbeitsruhe am Wahlstage beschlossen die organisierten Schuhmacher Lübecks.

Musik-Abende im Theater. Die Direktion des Stadttheaters beabsichtigt, an einem Tage der nächsten Woche eine Art "Musik-Abend" zu veranstalten, zu dem schriftliche Wünsche an der Theaterkasse oder bei den Billetvorverkaufsstellen bis Sonnabend, den 12. Januar, abends 6 Uhr, entgegenzunehmen werden. Die Direktion beabsichtigt die Auswahl nicht auf den Kreis ihres bisherigen Repertoires, sondern läßt Wünsche aus der gesamten Opern-, Schauspiel- oder Lustspiel-Literatur zu und wird versuchen, die an sie gerichteten Wünsche zu erfüllen, soweit sich die Aufführung ermöglichen läßt. Die Einläufe werden geordnet, und dasjenige Stück, welches am meisten genannt worden ist, soll zunächst aufgeführt werden und so fort, bis möglichst alle gewünschten Stücke zur Aufführung gebracht worden sind. Auf diese Weise soll dem Theaterpublikum Gelegenheit gegeben werden, auf die Gestaltung des Repertoires einzumwirken, und die Direktion hofft, gleichzeitig damit das Interesse für das Theater noch weiter zu wecken.

Stadttheater. Aus der Theaterkasse wird uns geschrieben; Eine große Nachfrage gibt sich für die morgen Freitag stattfindende "Carmen"-Aufführung und. Billets sind: an der Theaterkasse vormittags von 11 bis 12.11. zu haben. — Sonnabend wird als nächste volkstümliche Vorstellung zum Einheitspreise von 50 Pfg. das Lustspiel "Die Kieker Woche" zum letzten Male wiederholt. Der dritte Akt zeigt die neue Dekoration, ein modernes Kriegsschiff darstellend. Dienstag findet das Brevoisi-Gastspiel statt.

pb. Selbst gestellt. Am Mittwochnachmittag gegen 9 1/2 Uhr meldete sich freiwillig im Bureau der Kriminal-Abteilung, unter der Selbstbezeichnung, seinem Prinzipal in Hamburg 71 Mk. unterschlagen zu haben, ein 19jähriger Handlungsgehilfe aus Hamburg. Er hatte sich bereits zwei volle Tage mittel- und planlos in hiesiger Stadt umhergetrieben und war vor Hunger fast erschöpft.

pb. Ertrunken. Gestern vormittag wagte sich ein etwa 9 Jahre alter Knabe auf eine im Kanal treibende Eiskuhle. Die Eiskuhle kippte um, der Knabe fiel ins Wasser, er wurde zwar alsbald herausgezogen, insofern waren die angestellten Wiederbelebungsversuche ohne Erfolg. Möge dieser traurige Fall zur Warnung dienen.

pb. Ermittelt wurden 2 Schulknaben, die am 8. und 9. ds. Mts. je einen Hühnerdiebstahl in der Bergstraße bezw. Blankstraße gemeinschaftlich ausführten. Vier Hühner, die ihnen in die Hände fielen, verkauften sie an einen hiesigen Geflügelhändler. Die beiden in der Bergstraße gestohlenen Hühner, die noch nicht geschlachtet waren, wurden beschlagnahmt.

Schwartau. Parteiversammlung. Am Freitag den 11. d. Mts. findet eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins im Gasthof Transvaal statt. Parteigenossen, erscheint alle!

Malente. Gemeinderatswahl. Am 9. Jan. d. Jts. fand hier die Ergänzungswahl zum Gemeinderat statt. Bekanntlich war die Wahl vom 29. November 1903 von der Regierung für ungültig erklärt worden. Bei der gestrigen Wahl siegte die Liste der Arbeiterpolitikanten. Es waren zu Wahlen 4 Mitglieder in der ersten Verusklasse und 3 in der zweiten Verusklasse. Von 494 Wahlberechtigten hatten 384 ihr Wahlrecht ausgeübt. Es erhielten an Stimmen: Hüfner 377, Kunstmaler Wragge 370, Hüfner Warncke 263, Hüfner Bentfeldt 221, Maurer Münster 233,

Arbeiter Fahr 221, Kaufmann Wragge 370, Hüfner Münster 233, auf zwei Jahre 238. Die beiden ersten Kandidaten Hüfner und Wragge waren auch vom Bürgerverein mit aufgestellt; die übrigen vom Bürgerverein aufgestellten Kandidaten erhielten an Stimmen Hüfner 377, Hüfner Wragge 370, Kaufmann Zimmermann 162, Hüfner Wragge 370, Sattler Stecker 181. Außerdem waren mehrere Stimmen zerstückelt und eine Stimme ungültig.

r. Gutiu. Wählerversammlung. In der am Mittwoch den 9. d. Mts. von den liberalen Wahlvereinen einberufenen Versammlung entwickelte Herr Ahlhorn, der Kandidat der Freisinnigen, sein Programm. Zuerst verbreitete sich Redner über die Kolonialpolitik, die ja zur Auflösung des Reichstages geführt hat, und erklärte, das deutsche Reich könne unmöglich seine Ehre, welche die Ehre des deutschen Reiches drüber zu retten haben, im Stich lassen und aus diesem Grunde müsse der Nachtragetat bewilligt werden. Zur Schutzpolitik übergehend, verurteilte Redner die Fleischnot, trat aber für einen mächtigen Schutzoll ein. Bei Meer und Flotte schwamm Redner in demselben Fahrwasser, wie es die Liberalen selber getan haben. Als erster Diskussionsredner trat dann der Genosse Zeidler auf. Derselbe wies in hitzigen den Freisinnigen ihre frühere Haltung in kolonialen Dingen bis in die neueste Zeit nach, verurteilte die agrarischen Bestrebungen dieser Heiden und forderte die Anwesenden auf, am 25. Januar nicht eine Faust in der Tasche zu machen, sondern mit dem sozialdemokratischen Stimmzettel in der Hand voll und ganz ihre Schuldigkeit zu tun. Hierauf interpellierte ein Professor Schuster den freisinnigen Kandidaten darüber, wie er sich dazu stelle, falls Stichwahl stattfindet zwischen Sozialdemokraten und Hammerstein. Ahlhorn erklärte, daß er dann für den Agrarier stimmen werde. Daß Ahlhorn dann in seinem Schlusswort den Zukunftsstaat in gräßlichen Farben an die Wand malte und damit die Wähler gruselig zu machen versuchte, versteht sich. Wir können mit dem Erfolg dieser Versammlung zufrieden sein.

Hamburg. Eine neue Bluttat wurde gestern abend der hiesigen Polizeibehörde aus dem benachbarten Orte Schönholte bei Blinde gemeldet. Am Morgen sind dort die achtzigjährigen Eheleute Schuhmachermeister Wenzel mit zerstückeltem Schilde in der Werkstatt tot aufgefunden worden. Vermutlich sind die Eheleute Wenzel schon am Dienstag abend in der Werkstatt von einer dort verkehrenden Person betrogen und mit einem Schuhmacherhammer erschlagen worden. Sämtliche Behälter der Wohnung sind geöffnet und durchwühlt. Was den Tätern an Bargeld, Wertpapieren und sonstigen Wertgegenständen in die Hände gefallen ist, konnte bislang noch nicht festgestellt werden. Der Verdacht der Täterschaft richtet sich vorläufig nur gegen Personen, die mit den Gewohnheiten der Ermordeten und den Räumlichkeiten genau vertraut waren. Ausgeschlossen erscheint dennoch nicht, daß der bezw. die Täter nach Aufschaffung der Verlichtungen sich einschlichen und nach Verübung der Tat nach Hamburg flüchten, um hier ihren Raub in Sicherheit zu bringen. Die Hamburger Polizei hat sich sofort nach Meldung des Raubmordes nachmalig mit der dortigen Behörde in Verbindung gesetzt und nach Einholung des erforderlichen Tatbestandes mehrere Beamte mit den erforderlichen Nachforschungen beauftragt.

Hamburg. Ein Konkurrenzunternehmen gegen die Hamburg-Amerika-Linie. Wie aus Hamburg von einer offenbar der Hamburg-Amerika-Linie nahestehenden Seite berichtet wird, ist die von New-York gemeldete neue Konkurrenz im Dampfschiffverkehr zwischen Hamburg, Rotterdam und New-York vermutlich identisch mit gleichartigen früher gemeldeten Bestrebungen der Hamburger Schiffsmaklerfirma Knöhr und Burgard Nachfolger. Die Hamburg-Amerika-Linie beabsichtigt zur Bekämpfung dieser Konkurrenz sich der früher zu einem ähnlichen Zwecke von den großen Hamburger Reedereien zur Vermeidung ausländischer Konkurrenz gegründeten Syndikats-Rederei zu bedienen.

Letzte Nachrichten.

Gmunden. Die Königin von Hannover, die 1866 durch den König von Preußen ihres Landes beraubt wurde, ist gestern gestorben.

Teheran. Der Schah von Persien, Muzaffer-Ed-Din, starb gestern im Alter von 63 Jahren.

Petersburg. General Pawlow getötet. Der Obermilitärprokurator Pawlow ist gestern in St. Petersburg den russischen Revolutionären zum Opfer gefallen; er hatte zahlreiche Feinde. Sein Name wurde weiteren Kreisen bekannt, als er im Sommer des vorigen Jahres dem Verlangen der Duma nach Aufhebung der Todesstrafe namens der Kriegsverwaltung in der schroffsten Form entgegentrat. Der General mußte vor der Empörung der Abgeordneten

Quittung.

Für den Wahlfonds gingen ein:
 Vom Gesangsverein "Lyra" 10,— Mk.
 B. 1,—
 A. B. 1,—
 Schulden entzehen 10,—
 Mühlenthor 27,10
 Das Wahlkomitee.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Böwig.
 Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
 Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

S. F. V.
 Heute Donnerstag Versammlung.

Zum 1. Februar eine leere Stube zu vermieten. Näheres Watenthmauer 128, pt.

Zu sofort oder später im Hause **Edt Wasserweg - Gärtnergasse** (Mühlentor) mehrere vollständig neu eingerichtete Wohnungen zur Jahresmiete von **150-200** Mark. Näheres bei **Schnepel** im Hause **Wasserweg 2, Erdgeschoss.**

Zum 1. April zu vermieten **Wierstaben-Wohnung, zweite Etage** Schwartauer Allee 53, Ecke Warenborfstraße.

Zu vermieten zu sofort an ruhige Leute **Dreizimmer-Wohnung** an ruhige Leute Schwartauer Allee 59 Ecke Warenborfstraße.

Zum 1. April eine **Flügel-Wohnung** zu vermieten. **Steinadernweg 9 c.** Näheres daselbst, parterre. Zu bes. abends nach 6 Uhr.

Gesucht von ordentlichen Leuten mit zwei Kindern eine **Dreizimmerwohnung** im Pr. von 180-200 Mk. Off. u. S. 88 an die Exped. d. Bl.

Konarien-Fähne u. Weibch. kauft Sonnabend und Sonntag, d. 12. u. 13. im Gasthof "Stadt Kiel", Lübeck. **F. Weiskämper.**

Empfehle:
Pa. Leberwurst Mk. 1.10
" " " 0.90
" " " 0.70.
Gustav Wietzke
 Krennstr. 1871. Mühlentorstr. 69.

Futterkartoffeln
 hat billig abzugeben.
H. Schwerdtfeger, Meierstr. 26 u. 26 a.

Frisches Hasenklein Pfd. 20 Pf.
Frisches Rehfleisch Pfd. 30 Pf.
W. Holst, Bäckerstraße 13a.

Die Rechte u. Pflichten des Mieters.
 Von **Richard Lipinski.**
 20. Auflage. Preis 20 Pfg.
 Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**

Sämtliche Kolonialwaren zu den billigsten Preisen.

Kaffee Pfd. 80, 90, 100, 120, 140 Pfg.	Margarine, beste Markt, Pfd. 60, 70, 80 Pfg.; b. Abnahme von 10 Pfd. 1 Pfd. gratis.
Streuzucker Pfd. 20	Bratenfett Pfd. 60 Pfg.
Wirbelzucker Pfd. 22	ff. Fleischfett Pfd. 75 Pfg.
Weismehl Pfd. 18 u. 18 Pfg.	Käse Pfd. 40, 60, 70, 80, 90 Pfg.
Reis Pfd. 18 Pfg.	Brot aus d. Lübeck. Genossenschaft. Bäcker ff. Wurstwaren.
Sago, echt, Pfd. 80	
Grises Pfd. 24 Pfg.	
Blauweizen Pfd. 24, 28	
Kartoffelmehl Pfd. 16 Pfg.	
Mudeln, verschiedene Sorten, billig.	

Emil Timmann, Burgstr. 2, Südw. 2.

Geschäfts-Verlegung.

Beige hierdurch meiner werten Kundschaft und meinen Geschäftsfreunden an, daß ich mit dem heutigen Tage mein seit 10 Jahren bestehendes

Schuhmacher - Mass - Geschäft

von der Engelsgrube 61/13 nach der

Engelsgrube 65

verlegt habe.

Gleichzeitig eröffne ich ein Schuh-Reparaturwerkstatt, Herren-Abfüße 75 Pfg. Damen-Abfüße 50 Pfg. Kinder-Sohlen von 1 Mt. an. Handsohlen 50 Pfg. mehr.

F. Schomann, Schuhmacher.



Inventur - Ausverkauf

VON

Pelzwaren.

E. Hirsekorn

Lübeck, Sandstraße 20

Vielfach ausgesprochenen Wünschen meiner werten Kundschaft Rechnung tragend, bin ich dem Rabatt-Verein Lubeca beigetreten und gebe nach Wunsch 4% oder Rote Rabattmarken.

Georg Bergmann

Markt und Kohlmarkt 6.

Gasthof-Uebnahme.

Einem geehrten Publikum in Lübeck und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich die

Gastwirtschaft des Herrn Carl Creutzfeld Gasthof Stadt Schönberg, Große Burgstraße, käuflich übernommen habe.

Indem ich jedem mich besuchenden Orte eine aufmerksame und billige Bedienung zu sichere, bitte ich, mein Unternehmen gütigst zu unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll
Wilhelm Schnell.

Geschäfts-Uebnahme.

Den geehrten Anwohnern der Sedanstraße und Umgebung mache ich die ergebene Mitteilung, daß ich

das bisher von Herrn Wilhelm Schnell geführte Kolonialwaren-Geschäft übernommen habe.

Ich bitte, das meinem Vorgänger in so reichem Maße erteilte Wohlwollen auch auf mich übertragen zu wollen. Es wird mein Bestreben sein, nur gute Ware zu den billigsten Preisen zu führen.

Hochachtungsvoll
J. Riemann.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** Kahlm.
Markt 4 10.

Sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Leberhosen	2,20-3,45
Wanzenhosen	2,60-3,75
Schlafhosen	1,88-2,25
Ueberziehhosen	1,08-2,25
Spinnhosen	1,68-3,25

letzte Jaden, schräge und gerade, 1,25
Rajen, Hemden, Schlachterjaden, Friseurjaden,
Kaler-Mäntel erstanntlich billig.
Mägen von 30 Pfg bis 1,88 Mt.
Note Lubecamarken.

Arbeiter-Turn-Verein
Lübeck.

General-Versammlung
am Freitag den 11. Januar
im Vereinslokal, Hundestraße 41

Tages-Ordnung:

1. Berichte.
2. Wahlen.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Panorama
Breitestraße 53, 1. Stg.
Vom 6. bis 12. Januar

T I R O L

Vom Ampezzo-Tal bis zum Tal und Ort Gardore.

Kafenarbeiter

(zentral).

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, den 11. Januar 1907
abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 46-52.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 4. Quartal 1906.
3. Jahresbericht des Vorstandes.
4. Kartellbericht und Wahl der Delegierten.
5. Abrechnung vom Weihnachtsvegenügen.
6. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist notwendig.

Der Vorstand.

Zentral-Verband deutscher Brauereiarbeiter!

(Zahlstelle Lübeck.)

General-Versammlung
am Sonntag, den 13. Januar,
nachmittags 3 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 46-52.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Jahresbericht.
3. Wahlen.
4. Kartellbericht.
5. Bekanntgabe des Resultats der Urabstimmung.
6. Verschiedenes.

Sämtliche Kollegen müssen erscheinen.
Der Vorstand.

Universum

Dem geehrten Publikum von Lübeck zur gefälligen Nachricht, daß am Freitag, den 11. dieses Monats eine **Wiederholung des Komödien-Abends** stattfindet.

Da leider das Einlaß begehrende Publikum nicht Platz fand, so haben die ausgegebenen Billets Gültigkeit zu diesem Abend.

Nach sind am Freitag mittag von 12 bis 2 Uhr **Freibillets** zu haben, ebenso gilt diese ausgeschnittene Annonce als Einlaßkarte.

L. Puls.

Hansa-Theater

Ab heute, Freitag, nur kurzes Gastspiel des Kunsttäuchers J. F. Gröbel genannt der

Taucher v. d. Luglochhöhlen

welcher 7 Höhlenforscher aus der durch Wasser verperrten Höhle zu Schwach rettete.

Dazu das **große Programm**.
Vorverkauf bei Sager und Kalbel.

Stadt-Theater.

Freitag, 11. Januar. 7 1/2 Uhr.

Carmen.

Oper in 4 Akten von Bizet.

Sonabend: Jeder Platz 50 Pfg.

Die Kieler Wä

Sonntag 4 Uhr: Kleine Preise „Niobe“

Abends 7 1/2 Uhr: Die Geisha.
Eine japanische Teehausgeschichte.

Öffentl. Wähler-Versammlungen

finden an folgenden Stellen statt:

Friedrichshof, Schwartauer Freitag, den 11. Januar, abends 8 1/2 Uhr.
Allee, Referent: Reichstagskandidat Th. Schwartz.

Genin: Freitag, den 11. Januar, abends 8 Uhr.
Referent: Arbeitersekretär H. Schneider.

Gr. Schretstaken: Sonntag, den 13. Januar, nachm. 3 Uhr.
Referent: Arbeitersekretär R. Wissell.

Nusse: Sonntag, den 13. Januar, abends 7 Uhr.
Referent: Arbeitersekretär R. Wissell.

Pravemünde: Sonntag, den 13. Januar, nachmittags 4 Uhr.
Referent: Arbeitersekretär H. Schneider.

Zu diesen Versammlungen werden alle dort wohnenden Wähler freundlichst eingeladen.

Unbeschränkte Redefreiheit für Jedermann!

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Das Wahlbureau
der
Sozialdemokratischen Partei Lübecks
befindet sich im
Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
Geöffnet:
Wochentags von morgens 9 bis abends 9 Uhr.
Sonntags vormittags von 11 bis 1 Uhr.

Zu Bülow's Wahlparole

Schreibt Franz Mehring in der neuen Zeit: „Immer fahriger, leichtfertiger und abenteuerlicher“: mit diesen Worten kennzeichnete Kautsky in der „Neuen Zeit“ die Politik des Fürsten Bülow, und kaum waren die Worte gedruckt, als der Reichskanzler seinen Wahlauftritt vom Stapel ließ, der in der Tat an Fahrigkeit, Leichtfertigkeit und Abenteuerlichkeit alles überbietet, was dieser Herr bisher geleistet hat.

Sicherlich: die Sozialdemokratie konnte sich nichts Besseres wünschen, als eine derartige Kundgebung des leitenden sogenannten „Staatsmannes“, wir müßten die unbeschreiblichsten Leute der Welt sein, wenn wir insoweit nicht völlig befriedigt wären. Aber gleichwohl kann man die Wahlparole Bülow's nicht ohne ein Gefühl der Erbitterung und Scham lesen: der Erbitterung und Scham darüber, in welchen Händen sich tatsächlich die deutsche Geschichte befinden. Wenn es richtig ist, daß jedes Volk die Regierung hat, die es verdient, so ist die deutsche Nation durch Bülow's Brief an den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie bis auf die Knochen bloßgestellt.

Schon die Adresse dieses Briefes ist eine Blamage ersten Ranges. Es will zwar viel sagen, aber ist dennoch nur die nackte Wahrheit: in den mehr als 40 Jahren ihrer Geschichte ist die Sozialdemokratie noch nie auf einen so elenden und verächtlichen Gegner gestoßen wie diesen Verband. Er ist eine Mißgeburt, die der Völkern mit der Lüge erzeugt hat: er lebt allein in von der Verleumdung, die echte und rechte Hyäne des Schlachtfeldes, auf dem Kapital und Arbeit miteinander kämpfen. Man muß auf die bonapartistische Nummerngarde zurückgehen, die Marx im „18. Brumaire“ mit ebernem Griffel bezeichnet hat, um in der modernen Geschichte eine Erscheinung zu finden, die sich dem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie an die Seite stellen ließe.

Und an diese Gesellschaft adressiert der Reichskanzler seinen Wahlauftritt und datiert ihn gar noch vom Silvestertag! Als ob jeder Wähler mit der Nase darauf gestoßen werden mußte, daß es sich bei dieser feierlichen Kundgebung um einen — freilich blutigen — Silvesterschmerz handelt! Es ist eine Satire auf alles, was man bisher unter Diplomatie und Politik verstanden hat. Statt die Gegner zu entwaffnen und die Freunde zu stärken, was nach der sinnlichen Kutscherauffassung des profanen Lebens der Zweck jeder politischen Agitation ist, stärkt er die Gegner und entwaffnet die Freunde.

Wir denken dabei gar nicht einmal an seine Tiraden über die Sozialdemokratie. Dieses Gefasel steht in der Tat auf dem Niveau des Reichsverbandes, das heißt intellektuell und moralisch so tief, daß es überhaupt nicht mehr ins politische, sondern ins pathologische Gebiet fällt. Der Reichskanzler denunziert die Sozialdemokratie als Schrittmacherin „alles dessen, was sich irgendwo in Deutschland an reaktionärer Gesinnung finde, was Kraft und Recht gewinne durch die sozialistische Unterwühlung der Begriffe von Obrigkeit, Eigentum, Religion und Vaterland“. Und wie herrlich ist der Beweis, den Fürst Bülow für diese Behauptung führt!

Auf den wildgewordenen Spektakel und phrasentrunkenen Gleichmacher Kobespierre folgte der Degen Bonapartes. Er mußte kommen, um das französische Volk von der Schreckensherrschaft der Jakobiner und Kommunisten zu befreien. Lassen wir einmal allen Widerspruch beiseite, die in der „Schreckensherrschaft der Jakobiner und Kommunisten“ steckt und bewilligen wir dem Reichskanzler alle mildernde Umstände angeborener junkerlicher Beschränktheit, aber ist es wirklich erlaubt, nur an blöde Unwissenheit zu glauben, wenn der „Degen Bonapartes“ auf die „Schreckensherrschaft der Jakobiner und Kommunisten“ zurückgeführt wird? Die fürchterlichen Prügel, die Bülow's junkerliche Vorfahren vor hundert Jahren durch diesen Degen erhielten, hätten doch wohl selbst in osteibischen Junkergehirnen die Erkenntnis wachhalten sollen, weshalb der „Degen Bonapartes“ kommen „mußte“. Nämlich nicht wegen der sogenannten „Schreckensherrschaft der Jakobiner und Kommunisten“, die seit Jahren verschwunden war, als der „Degen Bonapartes“ kam, sondern wegen der fetzen und verräterischen Tüfte, womit die feudalen Mächte Europas die bürgerlichen Erumungenschaften der französischen Revolution bedrohten, Mächte, unter denen keine so viel an feiger und verräterischer Tüfte aufbrachte, wie der altpreussische Staat, der denn auch, zum Heil und Segen der zivilisierten Menschheit, durch den „Degen Bonapartes“ völlig zertrümmert wurde.

Doch, wie gesagt, über die trübselhaften Ausfälle des Bülowischen Briefes gegen die Sozialdemokratie wollen wir nicht viele Worte verlieren. Wir stellen in diesen Fragen, wie überhaupt in allen wirklichen Kulturfragen, keine höheren Ansprüche an ihn, als an einen beliebigen Agitator des Reichsverbandes, den er mit seiner Zuschrift beglückt hat. Was man aber billigerweise von ihm beanspruchen könnte, das wäre, daß er im Verkehr mit den bürgerlichen Parteien wenigstens die durchschnittliche Geschicklichkeit eines Pferde- oder Kuhhändlers entwickelte. Statt dessen ist er so lebenswüßrig dem Zentrum, das er bekämpfen will, die Parole zu bestätigen, womit es in den Wahlkampf zieht, und so unliebendwärtig den Liberalismus, den er gewinnen will, sozusagen an den Haaren von dem halb schon vollbrachten Unfalle zurückzureißen.

Das Zentrum verteidigt in dem gegenwärtigen Wahlkampf angeblich nichts als das parlamentarische Budgetrecht, und eben dies ist der Reichskanzler so gutta, ihm zu bestätigen. Er sagt, das Zentrum habe „positive Arbeit“ geleistet — nämlich im Sinne der herrschenden Reaktion — es habe die wichtigsten Aufgaben gelöst, die Verstärkung der Seewehr, die Handelsverträge, die Finanzreform. Alles das sind vom nationalen Standpunkt aus ebenso viele Schultitel des Zentrums, aber vom Standpunkt des Reichskanzlers aus sind es Ruhmestitel, wie er auch selbst anerkennt, und obendrein rühmt er die uneigennützigste Art, womit sich die ultramontane Partei diese Verdienste erworben habe; er will dem Zentrum zuliebe keine staatlichen Hoheitsrechte preisgeben oder sich in kulturellen und religiösen Fragen schwach gezeigt haben. Was hat also das Zentrum in den Augen des Reichskanzlers gesündigt? Nicht mehr und nicht weniger als daß es die sinnlosen und verschwenderischen Ausgaben für die durch und durch korrupte Kolonialpolitik an einigen mehr nebenbei liegenden Punkten gekürzt hat, obgleich die abgelehnten Forderungen von der Regierung für „dringend notwendig“ erklärt worden waren. Darin sieht Fürst Bülow einen Verstoß des Zentrums, „seine parlamentarische Stärke zu mißbrauchen“, und es reiste in ihm der Entschluß, jedem neuen Versuch solcher Machtpöbeln mit aller Kraft entgegenzutreten.“ Deshalb wurde der Reichstag aufgelöst.

Man kann das parlamentarische Budgetrecht nicht dreister bejahren, das persönliche Regiment nicht offenerziger proklamieren. Wenn es nicht das gute Recht des Reichstags ist, jede Geldforderung der Regierung zu verwerfen, sobald er sie für schädlich oder überflüssig hält, gänzlich unbekümmert darum, ob die Regierung sie für „notwendig“ halte oder nicht, so ist das parlamentarische Budgetrecht keinen Fiskus wert. Gewiß könnte der Reichskanzler auch argumentieren: da die abgelehnte Forderung der Regierung nach deren Ansicht so notwendig ist, daß ihre Verweigerung die wichtigsten Reichsinteressen gefährdet, so habe ich von dem irigen Urteil des aufgelösten an das zutreffende Urteil eines neu zu wählenden Reichstags appelliert. Allein so argumentiert Bülow nicht, schon aus dem triftigen Grunde nicht, weil ihm inzwischen

die Unterwerfung der Bondezwarts diese Karte aus der Hand geschlagen hat. Er deklariert vielmehr mit bürren Worten den Gebrauch des parlamentarischen Budgetrechts als einen Mißbrauch, als ein Parteitregiment von dem die große Mehrheit des Volkes nach seiner — natürlich höchst unmaßgeblichen — Ansicht nichts wissen wollte; er unterschreibt höchst eigenhändig den Wahlauftritt des Zentrums, wonach die Wahrung des parlamentarischen Budgetrechts der Gegenstand des Streites im gegenwärtigen Wahlkampf sein soll.

Die ganze Genialität dieser Politik tritt aber erst ins volle Licht, wenn man den Fürsten Bülow erklären hört, bei diesem Kampfe gegen das parlamentarische Budgetrecht rechne er auf den Zulauf der Partei, in deren Programm das parlamentarische Budget sozusagen das A und O ist, nämlich die Partei, die sich „um die Vertreter des liberalen Bürgertums“ sammelt. Der Reichskanzler nimmt an, der blöde Sozialistenhaß dieser Partei habe sie schon hinreichend verbummt, um sie zu willigen Stiefelpuzern der Regierung zu machen, zu so willigen Stiefelpuzern, daß sie gar nicht einmal mehr durch kleine Trinkgelber gewonnen, sondern nur noch durch berbe Fußtritte angespornt zu werden brauchen. Er spricht dem Freisinn „den klaren Willen und die Fähigkeit“, „positive Politik zu treiben“; er wirft ihm „innere Uneinigkeit“ vor, dazu „negativen Dogmatismus, Übertreibung der Prinzipien und Unterschätzung des praktisch Erreichbaren“; er vermißt an ihm „Mäßhalten, richtiges Augenmaß und Willen in die Nähe, Sinn für historische Kontinuität und reale Bedürfnisse“. Selbst in dem spärlichen Lobe, das der Reichskanzler dem Freisinn erteilt, tritt er ihm empfindlich auf die Fühneraugen; er beschränkt „Eugen Richters Kampf gegen die Sozialdemokratie“ auf „letzte Jahrzehnt“, während es der ganze Stolz Eugen Richters war und seiner Wurmwidonen noch ist, daß Lassalle schon diesen Thersites in seinen Spuren gehabt hat, mit ähnlichen Waffen, wie sie heute der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie schwingt.

Es ist vielleicht der einzige Schimmer von Licht in dem Wahlauftritt des Reichskanzlers, daß er die verbummenden Wirkungen des Sozialistenhaßes außerordentlich hoch einschätzt, und der „steigende Widerwillen gegen das sozialdemokratische Treiben“ für einen tüchtigen Feldweibel hält, der den braven Freisinn zur willenlosen Hilfstruppe der Regierung gebrückt hat. Es mag deshalb dahin gestellt bleiben, ob Bülow sich in diesem Punkte nicht auch verrechnet hat, ob die gehäufte Ohrfeigen, womit er den Freisinn in seinen Dienst pressen will, in dieser wackeren Partei nicht noch einen Rest von Scham und Stolz auslösen werden. Die Frage ist deshalb verhältnismäßig nebensächlich, weil, wenn der Freisinn auf diese Bedingung hin kapitulierte, der letzte Boden, den er etwa noch in den Volksmassen haben mag, ihm unter den Füßen weg schwinden würde.

Nichts weniger als nebensächlich für den Fürsten Bülow ist aber die Tatsache, daß er mit seiner Absicht, sich im Freisinn eine klawische Hilfstruppe gegen die Roten und Schwarzen zu schaffen, bei seinesgleichen, nämlich den ostelbischen Junkern, arg ins Fernnapfen getreten ist. Von einem Vertrag zwischen Freisinn und Regierung, und mag es auch ein so ausschweifender Löwenvertrag zu Gunsten der Regierung sein, wie ihn Bülow plant, wollen diese braven Patrioten schlechterdings nichts wissen. Sie denken: besser bemahrt, als beklagt; kommt der Freisinn überhaupt in die Nähe der Krippe, und sei es selbst in der demütigsten Knechtsgehalt, wir weiß, ob er uns nicht manches Maul voll Hen wegkauft. Sie sind darin äußerst penibel, diese hiederen Stützen von Thron und Altar, zumal sie längst dahinter gekommen sind, daß ihr Herz, will sagen, ihr Interesse in Bar, sie weit mehr zu den ultramontanen Brot- und Fleischwucherern zieht als zum Freisinn, der bei aller Demütigung in diesen delikaten Punkten doch immer ein unsicherer Kanonist bleibt.

So rollt der Wahlauftritt des Reichskanzlers wie ein Erzäpfel in die bürgerliche Wahlbewegung und steigert eine Konfusion, die noch zu steigern nur einem so genialen Staatsmann gegeben sein konnte.

Religion.

Eine Betrachtung von Gaston Baron v. Felsen

„Bim bam, bim bam... rufen die Glocken der Dorfkirche auf Gut Rosenhaide die Gemeinde im Gotteshaus. Graf Gaston von Rittenbach schiebt unwillig die Kreuzzeitung in der er soeben geblättert hat, bei Seite. Da hat schon wieder Fr. v. D. einen bürgerlichen geheiratet. Er ist nicht einmal Offizier — Arzt. Was ist denn das? In seiner Familie könnte so etwas nicht passieren, die ist rein, makellos — keine Mesalliance. Er hat zwar seine älteste Tochter verstoßen, weil sie von einem vornehmen Cavalier, leider seinem eigenen Schwager, verführt wurde, aber was tut das? — In den Augen der Menschen steht er doch als Aristokrat da, als ein Kämpfer für Thron und Altar. Den Schänder seiner Tochter forderte er auf Pistolen. Er hat ihn am Arme leicht verletzt. Die Ehre, die Standesehre ist wieder hergestellt.“

„Bim bam, bim bam! — Graf Gaston erhebt sich und schellt nach dem Diener.
„Gräfliche Gnaden befehlen?“
„Ich lasse die Gräfin bitten.“
„Gräfin Irene tritt ein. Galant bietet ihr Gaston seinen Sessel an, während er selbst, an den Schreibtisch gelehnt, vor ihr steht.
„Irene, ich möchte Dich um etwas bitten.“ Er hält inne, wie um sich zu besinnen.
Die Gräfin nicht ermunternd.
„Irene“, beginnt er von neuem. „Willst Du nicht heute in die Kirche gehen? Es ist schon halb zehn Uhr. Ich fühle mich wirklich nicht dazu aufgeleitet. Es ist zu langweilig.“
„Dann können wir ja auch heute einmal hierbleiben“, bemerkt Irene.
„Aber, wie kannst Du nur, meine Liebe, es ist ja ganz unmöglich! Bedenke doch die Leute. Wir müssen ihnen ein gutes Beispiel geben, treu unserer Devise: Für Thron und Altar! — Bedenke, wie wird es bei den nächsten Wahlen werden? Du weißt, mein Bräuer will für den Reichstag

kandidieren. Wenn sie da nicht alle konservativ wählen, wählen für Thron und Altar, wenn Pastor Schmidt nicht von der Kanzel für uns eintritt, und sie in unsere Partei hineinpredigt, ich bitte Dich, meine Liebe, wie soll das enden? — Du weißt, die Großstadt ist nahe, wir sind eine vorgeschobene Stellung der Konservativen. Viele unsichere Elemente sind wir gezwungen als Arbeiter bei uns aufzunehmen. Wie gesagt, einer von uns muß in die Kirche, es hängt viel davon ab.“

„Ja, ja“, seufzt die Gräfin auf, „ich weiß wohl, ich muß doch gehen. Ach wir Frauen sind zum Leiden geschaffen.“
„Nimm Irmgard nur mit, ruft ihr Gatte ihr noch nach, als sie sein Zimmer verläßt.“
„Bim bam, bim bam — bim.“

Zehn Minuten später verlassen Gräfin Irene v. Rittenbach und Komtesse Irmgard das Schloß. Stolz und vornehm gehen sie an den Ecken der Gemeinde vorbei und lassen sich in ihren Chorstühlen nieder.

Die Glocken haben aufgehört zu läuten, die Orgelstöne durchbrausen in schweren Akkorden das Gotteshaus. Der Küster tritt neben den Altar. Er berichtet kurz, daß Pastor Schmidt soeben erkrankt sei und daher nicht predigen könne; er habe ihn deshalb beauftragt, einen Lesegottesdienst abzuhalten. Man merkt ein leises Zittern in der Stimme des Küsters. Alle wissen, daß sein Weib an einer schweren Krankheit darniederliegt. Hoffnungslos. Wie gern wäre er jetzt wohl bei ihr! Aber er muß! Die Pflicht befehlt es.
Der Geistliche hat ihm 1. Corinth 13 zum Lesen gegeben. Er beginnt mit matter Stimme die Worte der Liebe. Allmählich aber spricht er lauter und zuversichtlicher. Er betet nicht zu Gott, daß er ihm sein Weib erhalte, in seinem Herzen stehen die Worte der Liebe, der großen, alles vergessenden, alles erduldenen Liebe. — Die Gemeinde lauscht atemlos. Auch sie hat erkannt, daß es nur eine Religion gibt, nur einen Glauben: Es ist nichts außer der Liebe!

Als der Küster in sein Haus zurückkehrt, ist sein Weib hinübergeschlummert. Keine Träne kommt in seine Augen,

kein Seufzer geht über seine Lippen. Er hat sie geliebt, noch im Tode liebt er sie.

„Die Liebe aber höret nimmer auf.“
Als der Pastor bald darauf kommt und sein Bedauern darüber ausdrückt, daß die arme Frau die letzten Stunden ohne ihren Mann hat sein müssen und sich gar Vorwürfe darüber macht, daß er nur wegen einer Erlösung des Kirchendienstes versäumt hat, da umspielt den Mund des Küsters ein feines Lächeln. „Die Liebe hat nicht darunter leiden können, daß ich ihr nicht die Augen zugebrückt habe; die Liebe währet ewiglich.“ — „Ja, Ehrwürden“, wendet er sich dann an den Geistlichen, „die Religion, wie sie in der Bibel steht, ist für die Hohen und Reichen, für uns gibt es nur eins — die Liebe. Die steht bei uns höher als Ehre und Geseß.“

Die Gräfin ist mit ihrer Tochter im Schloß angelangt. Auch sie ist ergriffen von den Worten des Küsters. Als sie in das Zimmer ihres Mannes tritt, erschrickt sie über dessen veränderten Gesichtsausdruck.

„Da, das hast Du von Deiner Tochter, für die Du noch Liebe zu empfinden scheinst!“ donnerte er sie an, und wirft wütend einen Brief auf den Tisch. „Die Schande!“ — die Eheleute!
„Da lies nur — ein Arbeiter, ein Techniker in einer Fabrik, will sie heiraten. — Furchtbar — ein Sozialdemokrat — meine Tochter — aus unserer Familie. Ich habe denn Menschen aber geschrieben, daß ich Ita verstoßen habe, weil sie sich zur Dirne erniedrigt hat. Daß ich für sie nur die Reipreitsche in Bereitschaft habe.“

Gräfin Irene seufzt leise. Sie denkt an die Worte der Liebe. Sie beneidet die Menschen, welche nicht auf Stand und Standesehre Rücksicht zu nehmen brauchen und sich ihr eigenes Ideal, ihre eigene Religion schaffen dürfen. Für sie freilich, die hochgeborene Aristokratin, gibt es leider etwas nicht.

Als der Techniker Krebs den Brief des Grafen von Rittenbach gelesen hat, hält er ihn mitleidig lächelnd an ein brennendes Streichhölzchen und umarmt mit seltem Griffe sein in der auflobernden Flamme erglühendes Weib.

Soziales und Partelleben.

Zehn Jahre bestand am 1. Januar die illustrierte Wochenchrift „In freien Stunden“. Sie hat während dieser Zeit getreulich ihre Aufgabe erfüllt, die in Arbeiterkreisen noch weit verbreitete Schundliteratur zu verdrängen, indem sie die besten Erscheinungen der Weltliteratur den Arbeitern, ihren Frauen und der heranwachsenden Jugend zu einem billigen Preise zugänglich machte. Wer die zwanzig bisher erschienenen Halbjahrsbände durchblättert, wird die besten Namen aus der erzählenden Weltliteratur finden: Dostojewski, Maake, Schopenhauer, Hölderlin, Goethe, Schiller, Mannich, Gervais, Victor Hugo, Zola, Loti, Dickens, Ziemlitz, Ibsen und andere. In Tausenden von Arbeiterfamilien hat „In freien Stunden“ Eingang gefunden. Mit Freude darf die Arbeitererschaft diesen Erfolg ihres eigenen Unternehmens heute feststellen. Aber man darf sich nicht verhehlen, daß doch noch Tausende von Arbeiterfamilien sind, die das Verderbliche gewisser blauer und gelber Groschenhefte noch nicht erkannt haben. Möchte ihre Zahl immer kleiner, die Abonnementzahl der „Freien Stunden“ immer größer werden! Die jede Woche zum Preise von 10 Pfennig erscheinenden Hefte bringen in diesem Jahre zunächst: Reellen. Eine Erzählung aus der russischen Revolution von Eugen Schirfom. Den „Rebellen“ wird folgen: Der Glöckner von Notre-Dame von Victor Hugo.

Arbeiternutzung im Handelsgewerbe. Ein Bild empören der Ausbeutung eines armen Hausierers entrollte sich in einer Verhandlung, die vor dem ersten Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts stattfand. Der „Reisende“ A. klagte gegen eine Berliner Papierwarenfirma und Anstaltskartenfirma auf Auszahlung von 306 Mk. Provision. Der Kläger A. hat in seiner Unwissenheit einen geradezu einzigartigen Vertrag unterschrieben. Er verpflichtet sich darin, ohne Gehalt und für seine eigenen Kosten bestimmte Provinzen zu bereisen, dagegen sollte ihm einzig und allein eine bestimmte Provision von den Verkäufern zufließen. Gibt der Kläger während der Vertragsdauer auch nur einen Tag auf zu reisen, so ist die ganze bis dahin verdiente Provision verfallen, und A. hat außerdem eine Konventionalstrafe von 1500 Mk. zu zahlen. Nimmt A. noch Artikel einer anderen Firma mit, so hat er 1000 Mk. Konventionalstrafe zu zahlen. Unter dem Zwange der Konventionalstrafe und in steter Furcht, mit den Behörden bei Nichterfüllung des Vertrages in Konflikt zu kommen, fuhr der arme Teufel zuerst 4. Klasse durch Ost- und Westpreußen, dann, als seine letzten Ersparnisse ausgingen, ist er zu Fuß mit seinem Musterkoffer von Ort zu Ort gepilgert, bis er in einem Flecken unweit Silbit kraftlos zusammenbrach. Unter Berufung auf den Vertrag verzweigte die Firma dem Manne jede Provisionszahlung; ja, sie brachte zur Verhandlung sogar eine „Abrechnung“ mit, nach der sie noch 800 Mk. zu erhalten habe. Das Kaufmannsgericht bemühte sich, die beklagten Geschäftsinhaber zu bewegen, dem Kläger wenigstens 100 Mk. zu geben, damit er nicht bis zum nächsten Termin zu marren brauchte. Der arme Teufel hat schließlich nicht fassen können, meinte der Vorsitzende, der Beklagte wollte jedoch nicht einen Pfennig vor Gericht zahlen. So blieb nichts weiter übrig, als zur Vorlegung eines sachgemäßen Provisionsauszuges einen neuen Termin anzuberaumen. Als der Kläger hörte, daß die Sache bis zum März vertagt wurde, brach er in Tränen aus.

Der finanzielle Stand der Pariser „Gumanite“. Die „Gumanite“ veröffentlicht einen Aufruf an die Arbeiter Frankreichs, aus dem zunächst hervorgeht, daß der Appell vom Oktober nicht ungeföhrt verhallt ist. Vor dem 6. Oktober zählte unser Pariser Arbeiterorgan nur 8800 Abonnenten, heute ist die Zahl auf 7615 gestiegen. Bekanntlich ist in Frankreich der Einzelverkauf vorherrschend, und so beträgt die ganze Auflage 60 000. Da die Zeitungsverkäufer einen großen Teil des Preises (5 Pf. pro Nummer) vorweg nehmen, so genügt diese Auflage noch immer nicht. Wie in dem Artikel weiter bekannt gegeben wird, ist auch heute noch ein Defizit vorhanden; vor der Krisis betrug die Unterbilanz 13 000 Francs pro Monat, jetzt nur noch 10 000 Francs. Das ist noch immer kein gesunder Zustand. Vom 15. April aber werden sich die Generaluntkosten um 4000 Francs verringern. Im übrigen sind alle ehemaligen Schulden bei dem Papierfabrikanten und dem Buchdrucker getilgt. Es werden sodann die einzelnen freiwilligen Gaben, unter anderem auch die 25 000 Francs von der deutschen Partei, angeführt und festgestellt, daß diese Summe den festen Gründungsfonds ausmache. Die neugebildete Aktiengesellschaft, die übrigen große Opfer gebracht hat, ausbehalten hat, 3000 Aktien a 25 Francs ausgegeben und fordert nun die französischen Parteigenossen auf, sich an der Zeichnung zu beteiligen und für feste Abonnenten zu sorgen, damit in Wälde jede Gefährdung des Blattes ausgeschlossen ist.

Die spanische sozialistische Partei im Jahre 1906. Schärfer als in anderen Jahren hat sich in diesem Jahr in Spanien die Krise auf dem Arbeitsmarkte zugespielt und die Partei ist dadurch unmittelbar sehr stark berührt worden und zwar in bezug auf ihre Stärke und auf ihre Taktik. Die Propaganda ist etwas geringer gewesen als in den zwei vorigen Jahren. Sie hat sich speziell über die Arbeiterbezirke erstreckt, in anderen Gebieten wurde sie durch die ungeheure Auswanderung lahm gelegt. Die Agitation gegen die Lebensmittelsteuer, gegen ungerechte Verurteilungen aus Anlaß der großen Streiks in Katalanien und Santander, die Kundgebungen zu Gunsten der russischen Revolutionäre gab genügend Anlaß zur wirksamen Betonung des sozialistischen Gekänkens. Besonders wirkungsvoll war die Stellungnahme für unsere Genossen Botana und Maceda.

Die Gewerkschaften von San Francisco haben in einer großen Massenversammlung sich scharf gegen die Einwanderung von Japanern und gegen Roosevelt's Empfehlung, den Japanern in den Vereinigten Staaten Bürgerrechte zu verleihen, ausgesprochen. Sie verlangen Gesetz, welche die Japaner ebenso von dem amerikanischen Arbeitsmarkt ausschließen wie die Chinesen. Diese Opposition im Verein mit der allgemeinen Stimmung gegen die Japaner in Kalifornien ist der Regierung in Washington bei der offiziell gepflegten Freundschaft mit Japan sehr unangenehm. In Japan selbst will man der amerikanischen Regierung aus der Verlegenheit helfen, indem man sich bereit erklärt hat, die Auswanderung der unerwünschten billigen Arbeiter nach Kalifornien durch geeignete Maßregeln zu erschweren — (vielleicht weil man sie in Japan selbst gut brauchen kann).

Aus Nah und Fern.

Der Dank an die göttliche Vorsehung. Das Zentrumblatt in Rechhausen (Bayern) dankt in seinem Neujahrskatechismus, im Namen aller gläubigen Katholiken der göttlichen Vorsehung für die hohen Viehpreise, die im Interesse und zum Vorteil der gläubigen Katholiken (des Großbauern) noch recht lange anhalten werden. — Dabei gehören 90 pSt. der Gewerkschaft der Bauern an.

Arbeiterverfall. Bei einem Grubenunglück in den englischen Bergwerken zu Palmwicken wurden, der „Königsberg. Post.“ zufolge, drei Mann verachtet. Einer ist tot, ein zweiter schwer, ein dritter leicht verletzt.

Trinkgeld-Nachvergütungs-Gesellschaft m. b. H. Unter dieser eigenartigen Bezeichnung ist in Hannover ein Geschäft gegründet worden, welches sich zur Aufgabe macht, den Reisenden die an das Hotelpersonal erstellten Trinkgelder zurückzuzahlen. Allerdings nicht in misbrütiger Barmherzigkeit aus eigenen Mitteln, sondern auf Kosten der — Wirte. Die Idee entspringt dem Rabattnarkensystem, welches bisher in das Gastmirtalgewerbe noch nicht eingebracht war. Die Gründer der G. m. b. H. denken sich die Sache wie folgt: Jeder Reisende erhält auf Wunsch ein handliches Notizbuch, in welches 200 Marken, sogenannte Rabattnarken, eingelegt werden können. Diese Marken haben einen Wert von 5 Pf. das Stück, werden aber von der Trinkgeld-Nachvergütungs-Gesellschaft an die Hoteliers zum Preise von 6 Pf. verkauft. Der Gast erhält nun von dem Hotelier bei Bezahlung seiner Rechnung für jede Mark eine Rabattnarkenscheide. Sobald das Notizbuch 200 Marken aufweist, löst die Gesellschaft das Buch von dem Inhaber gegen Zahlung von zehn Mark ein. Diese verpflichtet sich, in ganz Deutschland durch Inhaber bekannt zu geben, welche Hotels mit ihr in Verbindung stehen, und hofft, dadurch den Kundenkreis dieser Hotels zu vergrößern. Die Gesellschaft verdient also an jeder Rabattnarkenscheide, da sie solche ja zu 6 Pf. verkauft, 1 Pf.; gelingt es ihr, mit so viel Hotelbesitzern in Verbindung zu treten, daß der Gesamtumsatzlag 1 000 000 Mk. erreicht, so würden also bei dem Geschäft 10 000 Mk. herauskommen.

Sich Selbst eines Raubmordes bezichtigt. Der Arbeiter Franz Tasler aus Trautau hatte sich dieser Tage wegen Bettelns und Sachbeschädigung vor dem Schöffengericht in Reichenbach in Wr. Schlessen zu verantworten. Während der Verhandlung erklärte der Angeklagte plötzlich ganz zerknirscht, er habe in der Nähe von Reichenbach in Böhmien während der dort veranstalteten Deutsch-Böhmischen Ausstellung eine Dame ermordet; er habe bei ihr eine größere Barunne bemerkt, worauf er die Fremde auf einem Waldwege erschoss und beraubt habe. Die Briefe und einen Teil seiner Beute habe er sodann in einer Sandgrube zwischen Kraxau und Grottau vergraben. Infolge dieser Selbstbeziehung wird Tasler in den nächsten Tagen nach Reichenbach gebracht werden, um die Stelle zu zeigen, wo sich diese Sandgrube befindet. Wie verlautet, soll die ermordete eine Amerikanerin sein, die in Marienbad Kuraufenthalt genommen und zum Besuche der Ausstellung sich nach Reichenbach begeben hatte, worauf sie spurlos verschwunden ist.

Die Rache der Nebenbuhlerin. Ein erschütterndes Liebesdrama hat sich am Neujahrstage in Versailles bei Paris abgespielt. Dort lebte in der Rue de la Bourboirie ein Arbeiter mit einer jungen und bildhäßlichen Frau zusammen. Alle Welt hielt die beiden, die sich als Ehepaar Mercier bei der Polizei angemeldet hatten, für Mann und Frau und glaubte, daß sie keine glücklicheren und zufriedeneren Eheleute gäbe als sie. Da verchwand eines Tages die junge Frau aus der Wohnung und aus der Stadt, und ihre Stelle nahm eine andere Frau mit zwei kleinen Kindern ein. Die erstaunten Nachbarn erfuhren nun, daß der Arbeiter gar nicht Mercier, sondern Begot hieß und daß er so lange mit einer Geliebten zusammengelebt habe. Von seiner wahren Frau und den Kindern hatte er sich vor einiger Zeit getrennt, weil die Ehegatten ständig in Streit und Streit lebten. Schließlich war bei der Eheverlassenen die Liebe zu ihrem Manne so groß geworden, daß sie mit den Kindern wieder zu ihm zog, nachdem sie durch einen Zufall keine Adresse erfahren hatte. Infolge dessen mußte die Geliebte das Haus verlassen. Aber sie schwor an, der Nebenbuhlerin Rache zu üben. Eines Tages erschien in der Wohnung von Begot ein Gasarbeiter, der den Gasmesser revidieren wollte. Die wahre Frau Begot öffnete harmlos und leuchtete auch dem Manne, damit er besser seines Amtes walten könne. Plötzlich zog der angebliche Arbeiter eine Flasche mit Spiritus aus der Tasche, übergoss die Kleider der Frau Begot und zündete sie blitzschnell an. Die gedüngelte Frau, die außerdem ihr Kind auf dem Arme trug, floh, einer lebenden Feuerfäule gleich, aus der Wohnung auf die Straße, wo sie bald ohnmächtig zusammenbrach. Herbeieilende Passanten erstickten die Flammen und brachten Mutter und Kind nach dem Krankenhaus in einem Zustande, der an ihrem Aufkommen zweifeln läßt. Inzwischen war die Polizei in die Wohnung gedrungen, um sich des angeblichen Arbeiters zu bemächtigen. Man fand den Aktenatür auf dem Boden in einer Ecke zusammengetauert, und als man sich näher mit ihm beschäftigte, entdeckte man, daß sich die Geliebte Begots als Arbeiter verkleidet hatte, um auf diese Weise an ihrer Nebenbuhlerin Rache zu nehmen. Sie wurde in das Gefängnis nach Paris abgeführt und erklärte bei ihrer Verhaftung, daß sie über das Gelingen ihres Planes sehr zufrieden sei.

Ein gemütlicher Hausbesitzer! Auf der Wohnungsuche in Essen kann man sein blaues Wunder erleben. Trotzdem infolge ausgedehnter Bauattività in ganz kurzer Zeit förmlich neue Stadtviertel in den Außenbezirken entstanden sind, übersteigt die Nachfrage nach Wohnungen immer noch das Angebot. Daß unter diesen Umständen die Hausbesitzer mit größter Gemütsruhe die fabelhaftesten Mietpreise fordern, ist ja schließlich nicht sehr verwunderlich, aber welche Bedingungen diese Leute manchmal dem stellen, dem sie für schweres Geld eine Wohnung vermieten, das geht doch manchmal über das Bohnenkorn. Das stärkste, was in dieser Beziehung geleistet werden kann, brachte wohl ein Hausbesitzer fertig, der dieser Tage eine fünfzimmer-Wohnung für 800 Mark abgeben wollte, aber nur unter folgenden Bedingungen: „Kinder dürfen Sie nicht bekommen; auch Besuche fremder Kinder können nicht geduldet werden; größerer Besuch, Gesellschaft oder dergl. kann nur einmal im Jahre gestattet werden. Spätes Nachhausekommen meiner Mieter stört mich im Schlafe und muß möglichst vermieden werden; die bisherigen Bewohner zogen, wenn sie einmal etwas spät abends nach Hause kamen, ihre Stiefel schon an der Haustür aus.“ So erklärte dieser würdige Hausbesitzer förmlich und ganz gleichmäßig, als ob diese Bedingungen etwas Selbstverständliches seien.

Vorsicht! Vorsicht! Vorsicht! Zum Standesamt! Vorsicht! Vorsicht! Vorsicht! Vorsicht!

Chronik der Majestätsbeleidigungen. Der Tagelöhner Faver Keitberger von Schwarzbach kam am 11. Dezbr. v. J. in die Gastwirtschaft in Lengdorf, wo es lustig zuging. Der Beschäftigte, der sich auf der Wanderschaft

befand, gedachte ohne jeden Anlaß gegen den bayrischen Prinzregenten die unflätigsten Beschimpfungen, die sich auch nicht andeutungsweise wiedergeben lassen. Keitberger, ein vielfach vorbestrafter Mensch, will sich, zur Verantwortung gezogen, an nichts mehr erinnern können, da er am kritischen Tage einen Rausch gehabt habe. Das Landgericht München II verurteilte ihn wegen Verleumdung des Regenten zu vier Monaten Gefängnis.

Gasvergiftung. In Hohenhausen, einer Vorstadt Brags, wurde am Sonntag eine Familie, Vater, Mutter und Tochter, tot aufgefunden. Der Tod war infolge Einatmung von Leuchtgas erfolgt, das aus einer schadhaften Strablenleitung in die im Erdgeschosse belegene Wohnung eingetreten war. Der Tod soll bereits vor drei Tagen eingetreten sein.

Der genaueste Großflüster. Ein amerikanischer Vorfall wird von einem Angezogenen aus Aliza berichtet: Am Spieltische sitzt eine sehr hübsche Französin. Ronette (spielend) Großflüster Nikolaus von Russland, der sich ebenfalls am Spiel beteiligt, ist vergeblich bemüht, die Aufmerksamkeit der Dame zu erregen. Eine zeitlang blüht der Großflüster mit dem Croupier und setzt eine Anzahl von Goldstücken auf Nr. 18; hierauf verschwindet der Großflüster. Die Dreizehn kommt herauf und der Croupier schreit bei Französin den Gewinn, 1400 Francs, zu. Die Dame protestiert, der Croupier wird dringender; wie immer werden durch den Streit Menschen angezogen, Spielfürsoren eischeln. Man sieht die Dame zu beschwichtigen: „Mais Madame, lo grand duel!“ In diesem Augenblicke erscheint der Großflüster, sich die Hände reibend und seines Sieges gewiß. Madame sagt zu einem neben ihr sitzenden Herrn: „Würden Sie mir einen Gefallen erweisen?“ — „Selbstverständlich!“ ist die Antwort. Madame sehr laut und sehr langsam: „Volla, hier sind 1400 Francs. Diese Summe wollen Sie, bitte, auf Veranlassung des Großflüsters Nikolaus dem Zentralkomitee für die Opfer der Revolution in Russland überweisen.“ Ohne den Großflüster auch nur eines Blickes zu würdigen, verküßt Madame den Spielplan.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 5. Januar.
 Vauen-Butter Pfd. 1.10—1.15 Mk., Metere-Butter Pfd. 1.20—1.25 Mk., Hasen 2.70—2.80 Mk., Enten 8.50—4.00 Mk., Hühner 1.70—2.00 Mk., Rinken Std. — Mk., Larben Std. 0.80 Mk., Gänse Pfd. 0.85—0.72 Mk., Rindfleisch 2.00 Mk., Schweinestopf Pfd. 0.80 Mk., Schinken Pfd. 0.90 Mk., Wurst Pfd. 1.80 Mk., Eier 6 Stk. 66 Pf., Karyfen Pfd. 1.00 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1.20—2.40 Mk., Karaukchen Pfd. 80 Pf., Hechte Pfd. 70 Pf., Barse Pfd. 70 Pf., Kal Pfd. 0.80 Mk., Hering 4 Stk. 10 Pf., Dorsche genüg., Brachsen Pfd. 60 Pf., Gemüse genügend, Blumenkohl d. Kopf 0.80—0.85 Mk., Aepfel, beste Grovensteiner, pr. 100 Pfd. — Mk., versch. Sorten pr. 100 Pfd. 8—15 Mk., Bismarck, pr. 100 Pfd. — Mk., Rirschen Pfd. — Pf., Zwiebeln, hiesige, 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Kartoffeln, beste, 100 Pfd. 3.50 Mk., pr. 10 Liter 50 Pf.

Getreidepreise. Lub ec k, 9. Januar.
 Weizen, 125—132 Pfd. holl. 167—174 Mk. Roggen, 119—125 Pfd. holl. 152—158 Mk. Safer nach Qualität 159—165 Mk., hochfein über Natiz. Gerste, nach Qualität 160—175 per 1000 Kilo.

Sternhans-Bleichwerk am 8. Januar.
 Der Schweinehandel verlies ruhig. Zufuhr wurden 986 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verkaufsschweine schwere — 63 Mk., leichte 62—63 Mk., Sauen 54—58 Mk. und Ferkel 58—61 Mk. pro 100 Pfund.

Literarisches.

Der bevorstehenden Reichstagswahl ist die soeben erschienene Nummer des „Wahren Jacob“ fast in ihrem ganzen Inhalt gewidmet. Wir erwähnen die Bilder „Walter Afrika“, wahren cure helligsten Güter“, „Rußland unter den Feldkriegsgerichten“, „Große Wahl-Bittprozedur aller echt deutsch gesinnten Männer“, „Der neue Reichstagspräsident“, „Das Einläuten der Reichstagswahl“, „Rio Declino auf dem Kriegspfad gegen die ungläubigen Franken“, „Die verlegte deutsche Waffenehre“, „Los vom Zentrum“ und „Deutsche Kultur in Afrika“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Geschichte „Das Volksgerecht“, „Januarwind“, „Statistik“, „Rußland unter den Feldgerichten“, „Der S. a. s. a. s. a. s. a. s.“, „Der Groberer“, „Was der Michel alles hatte“, „Der Jochlein“, „An die Gemeindeführer“, „Des Zentrum's Klage“, und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren satirischen Hefteltonen „Deutsch Süd-West“ von Paul Ganderling, „v. Arnim-Schnodderheim an v. Belom-Waldenburg“ und die humoristischen Briefe der ständigen Mitarbeiter des „Wahren Jacob“ Claus Swartmuul aus Hamburg bei St. Pauli und Jotthilf Naucke, an'n Jörk'scher Bahnhof, gleich links. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pfennig.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer) ist uns soeben Nr. 1 des 17. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Einleitung zum Abonnement. — In den Kampf! — „Una rosa agitur“ von Luise Fieg. — Was der letzte Reichstag den Arbeiterinnen versprochen und was er ihnen gehalten hat. Von Gustav Doh. — Gegen den Lebensmittelwucher! Von h. a. — Was dem Reiche der Zentrumstragen. Von w. a. — Umwälzung und Revolution. I. Von J. B. — Die Generalsversammlung des katholischen Frauenbundes in München. Von K. D. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Die Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Notizen: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Dienstbotenfrage. — Die sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Die Frauenbewegung. — Feuilleton: Vorwärts. Von g. (Gebiet). — Prometheus, Dramatisches Fragment von Wolfgang Wehe. — Immer mehr. Von Georg Hernegh. (Gebiet). — „Von Gottes Gnaden.“ Für unsere Mütter und Hausfrauen. In Beth und Ulied. Von Friedrich Rückert. (Gebiet). — Berührung und Heilung des Stotterns bei Kindern. I. Von O. R. — Hauspflege und Hauspflegen. I. Von Gertrude Firth. — Sonett, von Gottfried Keller. — Die Nachhilfe, eine Peil und Arbeiterin für unsere Hausfrauen. Von H. K. — Die Mutter als Erzieherin. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf., Jahresabonnem. 2,60 Mark.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Schwigt.
 Verleger: Th. Schwarz. Druck: Fridr Meyer u. Co.
 Sämtlich in Lübeck.